

Besprechungen

Gerhard Grohs: Stufen afrikanischer Emanzipation: Studien zum Selbstverständnis westafrikanischer Eliten. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967. W. Kohlhammer. 275 S.

Die Soziologie der Entwicklungsländer trifft auf viele methodische Schwierigkeiten, die in der deutschen Soziologie noch nicht gründlich genug erörtert worden sind: So ist Gerhard Grohs' Arbeit zugleich methodisch ein lehrreicher Versuch. Er unternimmt es, westafrikanische Selbstzeugnisse der Analyse zu erschließen, und zwar zuvörderst Autobiographien, dann Reden, Artikel und Bücher, mit besonderer Obacht auf moderne Literatur. Er weist Soziologie wie auch Ethnologie auf eine Lücke hin. Seine Untersuchung erlaubt damit, Methoden in gegenwärtigen Gesellschaften zu testen, die sich später auf Gesellschaften der Vergangenheit anwenden ließen.

Die Stufen der Emanzipation, so unterstellt er, sind als Generationsstufen deutlich erkennbar, 1. als Generation der Frühnationalisten, die den „Abhängigkeitskomplex“ der Afrikaner überwandten, 2. als die Generation der Revolutionäre, die mit vereinheitlichenden Ideologien (Panafrikanismus, westafrikanische Gemeinsamkeit, Nationalismus, Antikolonialismus) die Kräfte mobilisierten, und 3. als die kommende Generation, die ein unabhängiges Gesellschaftsbild zu formulieren hätte (für das vielleicht die „Blockfreiheit“ einen Ansatz böte). Er ordnet diesen Vermutungen die Theorie Eriksons und anderer bei, daß die Energien der mittleren Generation zum Teil aus „dem von ihnen an der älteren Generation beobachteten Entzug des Status-Respektes“ herrührten, und findet vier Ebenen der Emanzipation auf: religiös, kulturell, historisch und politisch (S. 15 f.). Gewisse Erlebnistypen, die er seinen Quellen entnimmt, scheinen ihm entscheidend zu sein. Er geht seinen Hypothesen in den einzelnen Hauptteilen seiner Arbeit nach.

Die für den Leser wichtige Einführung zum Eintritt Westafrikas in die Neuzeit ist schlüssig, kurz und informationsreich gelungen, wenngleich in ihr eine durchaus ärgerliche Flüchtigkeit des Lektorats auffällt, die sich in Variationen und Fehlern bei Namen durch das ganze Buch zieht — vielleicht ein Preis, den ein ehrenvoll im Ausland beschäftigter Autor für Deutschland- und Verlagsferne bezahlt.

Daran schließen sich zwölf ausgezeichnete Seiten „Bemerkungen zur traditionellen Erziehung in Westafrika“ und der erste Hauptteil „Der Beitrag der Missionen zum Emanzipationsprozeß“ an. Die Missionschule als entscheidender Knick der Lebensläufe wird gezeigt; nebenher ergibt sich z. B., daß die handwerklich-kleinbürgerliche Herkunft

vieler Missionare die besondere Insistenz auf sekundären Tugenden wie „Sauberkeit und Ordnung“ plausibel macht, die sowohl im traditionellen Zusammenhang ganz neuartig bedeutsam wurden als auch — so läßt sich hinzufügen — eine ambivalente Mitgift für die Industrialisierung bedeuten können. In die pointierte Schilderung des Zusammentreffens von missionarischem und herkömmlichem Ethos sind dann auch die Emanzipationsgeschichte der „jungen Kirchen“, die nachchristlich-separatistischen Religionsformen und (in sich sehr aufschlußreiche) Überlegungen zu einer christlichen Theologie in Afrika einbezogen, mit Abschnitten über Magie und modernes Charisma, die freilich noch enger hätten verbunden werden können. Die an sich notwendige und lehrreiche Schilderung des religionssoziologischen (und dann noch des theologischen) Aspektes kann allerdings den funktionalen Ansatz aus den Biographien (das Missionsschülerlebnis) in seiner Klarheit beeinträchtigen.

Grohs schließt einen weiteren Hauptteil über Selbst- und Fremdbild „in der Auseinandersetzung mit der europäischen Kultur“ an, in die er einen zweiten Knick der Lebensbahnen einarbeitet, den Überseeaufenthalt der Afrikaner. Dies führt deutlich über die deutschen Beiträge von *Danckwortt* und *Aich* hinaus und wird durch eine literatursoziologische Erarbeitung des Weißen- und Schwarzenbildes im modernen westafrikanischen Roman ergänzt. Wichtig ist, daß Grohs hier *Hagens* Theorie belegt findet: „Der Sohn eines autoritären, traditionellen, analphabetischen Vaters und einer zu diesem in passivem Widerstand stehenden Mutter wird zum ‚Reformer‘“ (S. 137). Trotzdem wird gerade in diesem Abschnitt klar, wie die Quellenlage eine streng theoretische, systematisch Hypothesen explorierende Darstellung stört und immer wieder zur Form des wissenschaftlichen Essays drängt.

Ein dritter Hauptteil über westafrikanische Nationalisten folgt diesem Drängen noch mehr. Hier werden die Generationen an wohlgeählten, wichtigen, leider nicht immer übersichtlich geordneten Beispielen herausgearbeitet, wobei die durch das Unglück Nigeriens verdunkelte Bedeutsamkeit von *Azikiwe* erkennbar wird. Wie immer, wünscht man sich manche Differenzierung hinzu (etwa den auch in der Generation markierten Konflikt zwischen *Guèye* und *Senghor*); insgesamt aber ergänzt dieser Teil sehr glücklich *Ansprengers* „Politik im schwarzen Afrika“.

Die Rassenentfremdung wird gesondert behandelt am Beispiel der Konzepte von „négritude“ und „african personality“ und ihrer afrikanischen Kritiker. Ebenfalls gesondert folgt ein Exkurs über die Frauenemanzipation, in dem sich wichtige Befunde verstecken (Einfluß der Eltern auf die Berufswahl), wie auch wichtige Hypothesen (die „Entwurzelten“ seien gar nicht die in Europa/Amerika Ausgebildeten, sondern die Abbrecher in den Bildungsgängen zuhause).

Im Resümee wieder auf die Exposition gelenkt, vermißt man die (auf S. 12) versprochenen Einflüsse der Urbanisierung als „entscheidendes Erlebnis“, die nur verstreut berücksichtigt worden sind.

Das Buch ist informativ und bringt den Leser mittels seines neuen Ansatzes auf Vieles. Es eignet sich vorzüglich als kritischer Fußhalt und lockt zu weiterem Fortschritt. Zugleich scheint es mir aber eine Illustration des Unfugs des „dicken Buchs“ als Habilitationsschrift. Die Quellenlage erlaubte hier fruchtbare Anregung und schlagende Illustration. Grohs bringt sie. Sie erlaubt nicht den massiven Beweis. Die wissenschaftlich-literarisch angepaßte Form wären etwa drei Essays und ein Hypothesenaufsatz gewesen. Der Autor hat dies auch gesehen und spricht folgerichtig im Untertitel von „Studien“. Der Verzicht auf eine Bündelung zur „Habilitationsschrift“ hätte ihm und dem Leser Mühe erspart und trotzdem ein habilitationswürdiges Schriftenbündel erlaubt. Daß dennoch dieses Buch insgesamt wohl zu lesen ist, bleibt Grohs' Verdienst. Man wünscht, er wende sich von diesem Feld nicht ab.

Lars Clausen, Münster

Marcel Bolle de Bal, Christian Dejean: Le salaire à la production. Formes nouvelles et fonctions sociologiques. Brüssel 1966. Institut de Sociologie de l'Université Libre de Bruxelles. 453 S.

Die vorliegende soziologische Studie untersucht im Auftrag der Montanunion die Probleme der Entlohnung in der belgischen Eisen- und Stahl-Industrie. Nach einer umfangreichen Einleitung analysieren die Verfasser im 1. Teil die wirtschaftlichen und soziologischen Funktionen und Arten der Entlohnung; der 2. Teil zeigt die Entwicklung der Funktionen und Modalitäten des Leistungslohnes, und im 3. Teil werden die Einstellungen der Sozialpartner zum Leistungslohn erforscht. Aus den Befragungen in den Jahren 1960—62 wird deutlich, daß die Mehrzahl der befragten Arbeitnehmer — im Gegensatz zu den befragten Arbeitgebern — ein produktionsunabhängiges festes bzw. sicheres Gehalt, auch wenn es niedriger wäre, dem produktionsabhängigen Leistungslohn vorziehen würde. Die vielschichtige Auswertung der Befragung (die einzelnen Fragen sind im Anhang abgedruckt) würde an Wert gewinnen, wenn der langatmige Text durch kurze, aber eindeutige Zusammenfassungen pointiert würde. So legt man die Untersuchung etwas verwirrt zur Seite.

Hanjo Lell, Washington

Paul Gehring: Friedrich List, Jugend- und Reifejahre 1789—1825. Tübingen 1964. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XVI, 511 S.

Obwohl die deutsche List-Literatur bereits sehr umfangreich ist, erscheinen immer wieder neue Veröffentlichungen. Darunter befinden sich zwei besonders erfreuliche Darstellungen, und zwar neben der hier zu besprechenden die von Hans Gehrige „Friedrich List. Wegbereiter einer neuen Wirtschaft. Hauptgedanken aus seinen Schriften“, Berlin 1966. Beide füllen immer noch vorhandene Lücken in der List-Literatur aus.

Das Buch von Gehring ist eine Festschrift zum 175. Geburtstag von List; die finanzielle Hauptlast der Veröffentlichung trug die Stadt

Reutlingen. Ihr Oberbürgermeister, Oskar *Kalbfell*, schrieb das Geleitwort.

Gehring beschränkt sich auf die Darstellung der Jugend- und Reifezeit von List; sein Buch umfaßt die Jahre von Lists Geburt, 1789, bis zu seiner Auswanderung nach Amerika, 1825. Die Untersuchungen des Verfassers können nicht, wie er auf S. 1 schreibt, den Anspruch erheben, „neue Aspekte für das Gedankensystem des späten List des Nationalen Systems zu erschließen oder auch nur Einzelprobleme seiner ökonomischen Anschauungen aufzuhellen. Denn der Volkswirt List — das darf vorwegnehmend als eines der Ergebnisse dieser Arbeit bezeichnet werden — beginnt erst da, wo unsere Untersuchungen endigen, mit dem Abschluß seiner Laufbahn als Beamter, Professor und Landtagsmitglied in Württemberg“.

Mit Interesse liest man, was der Verfasser über die Vorfahren von List bringt. Er schildert dann die Ausbildungszeiten des jungen List. Die ersten Urkunden, die wir von List selbst haben, nämlich sein „Nationales“ und seine Eingabe von 1812 um Zulassung zum Aktuar-examen, enthalten, wie Gehring aufweist, Fehler, d. h. sie sind nicht ganz sachgetreu abgefaßt worden; auch fehlen in beiden Dokumenten Angaben über Lists Gerberlehre. Ausführlich wird auf seine Tätigkeit in verschiedenen Gemeinden eingegangen. Die Anlage 2 (S. 373 ff.) enthält seine bekannten Äußerungen über das Schreiberunwesen in Württemberg.

Der Verfasser behandelt weiterhin die Tätigkeit Lists als Kommissar und Rechnungsrat im Innenministerium. Lists Wirken als Professor in Tübingen und als Abgeordneter seiner Vaterstadt Reutlingen im Landtag wird zum ersten Mal sehr gründlich dargestellt. Dagegen geht der Verfasser wenig auf Lists Arbeit als Konsulent des Handelsvereins ein. Wenn es auf S. 255 heißt: „Das weitere, jahrelange und außerordentliche Wirken Lists für den Handelsverein zu verfolgen, liegt außerhalb der Grenzen dieser Arbeit“, so kann ich dem nicht ganz zustimmen. Dagegen meint der Verfasser auf S. 336 mit vollem Recht, daß man nicht von Lists Ausschluß, sondern von seinem Ausscheiden aus der Kammer sprechen sollte. Wenn wir das über List gefällte Urteil heute für ungerecht halten, so werden wir doch Gehrings Meinung, die er aus der Zeit erklärt, zustimmen: „Wir werden gut tun, uns zu vergegenwärtigen, daß es wohl die große Mehrzahl von Lists Zeitgenossen zwar als hart und schrecklich, aber als juristisch einwandfrei und als begreifliche Folge von Lists Auftreten gegenüber dem Regime empfunden hat“ (S. 399). Die ausführliche Darstellung der Tätigkeit Lists in der Kammer 1820/21 geht auf eine nachträgliche, „gern angenommene“ Anregung des eingangs erwähnten Oberbürgermeisters zurück (S. 511). Selbstverständlich geht Gehring auch auf die publizistische Tätigkeit Lists ein, die mit dem „Württembergischen Archiv“ begann, ihn sein ganzes Leben lang begleitete und „zu einem ‚Bahnbrecher des deutschen Journalismus‘ werden lassen sollte“ (S. 104).

Der Verfasser stützt sich zum Teil auf die vorhandene List-Literatur, insbesondere auf die Gesamtausgabe. Dabei setzt er sich gele-

gentlich mit dem einen oder anderen Autor auseinander und weist auf deren Irrtümer hin (vgl. z. B. Anm. 682). Darüber hinaus bringt der Verfasser, früherer Tübinger Bibliotheksdirektor, manches Neue, sind ihm doch im List-Archiv sowie in anderen Archiven wertvolle Funde geglückt. Leider ist es nicht möglich, hier auf alle diese Funde im einzelnen einzugehen. Der Antrag *Wangenheims* an den König vom 11. Juni 1817 in Anlage 7 (S. 406 ff.) ist erstmalig in vollem Wortlaut veröffentlicht worden. Durch einen Hinweis von *Hölzle* wurde Gehring auf die bisher unbekannte Waldenbucher Adresse vom 26. Januar 1817 aufmerksam gemacht, die er als Anlage 6 (S. 398 ff.) zum Abdruck bringt. Der Autor weist auf S. 166 f. nach, daß das, was man bisher als Lists „Denkschrift“ bzw. „Begründungsschrift“ für die fünfte Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen ansah, tatsächlich nur als Unterlage für die amtliche Denkschrift diente.

Gehring's Anliegen war zwar nicht, die große List-Biographie zu schreiben — nach *Salin* wäre es über die Aufgabe der Gesamtausgabe hinausgegangen, ein Bild der Persönlichkeit zu zeichnen —, aber er hat, wie Oberbürgermeister *Kalbfell* im Geleitwort sagt, für den von ihm behandelten Zeitraum ein „Fundament für eine zukünftige Biographie geschaffen“ und die vorhandenen zugänglichen Quellen ausgeschöpft.

Der Verfasser setzt in seinem Buch manches als bekannt voraus. Es ist flüssig geschrieben, nur leider stört das dauernde Nachschlagen der sehr zahlreichen Anmerkungen (693 Anmerkungen auf 370 Seiten!). Es enthält zehn Kunstdrucktafeln und zwei Abbildungen im Text sowie ein Bildnis Lists nach einer Bleistiftzeichnung, und zwar in seinem 28. Lebensjahr. Am Schluß befindet sich ein umfangreiches Personenregister, das sich leider nur auf die Zeitgenossen Lists bezieht. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn der Verfasser bei den acht Anlagen jeweils die entsprechende Textseite angegeben hätte.

Bruno Schultz, Berlin

Leo Lippmann: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit — Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß herausgeg. von Werner Jochmann. Hamburg 1964. Hans Christians Verlag. XXXV, 720 S.

Der Verein für Hamburgische Geschichte widmete anlässlich seines 125jährigen Bestehens die vorliegende Schrift dem Andenken der Hamburgischen Mitbürger jüdischen Glaubens, die unter nationalsozialistischer Herrschaft Verfolgung und Tod erlitten haben. Werner Jochmann hat das Buch auf Grund der Niederschriften von Leo Lippmann herausgegeben, die dieser nach seiner Entlassung aus dem Hamburgischen Staatsdienst verfaßte. Von den 55 Kapiteln waren die ersten 52 im Winter 1934—35 vollendet, die letzten drei hat Lippmann 1943 vor seinem Freitod geschrieben.

In den ersten Kapiteln berichtet der Verfasser über seine Familie und die seiner Frau sowie über seinen Werdegang bis zum Assessor.

Bereits als Assessor wurde Lippmann in den Staatsdienst Hamburgs übernommen, in dem er bis zum Staatsrat aufrückte. Ehrenvolle Angebote lehnte er ab, so das Landesfinanzamt Unterelbe zu übernehmen und sich der Wahl zum Vorsitzenden des Städtetages zu stellen. Nach seiner Entlassung betonte er, daß er seine amtliche Tätigkeit stets nur als eine reine Verwaltungstätigkeit angesehen und sich demgemäß immer bemüht hatte, sein Amt nicht als Politiker, sondern als Verwaltungsbeamter zu führen.

Sein Arbeitsgebiet war vielseitig und umfassend. In seine Tätigkeit bei der Finanzdeputation fielen der Erste Weltkrieg, die Inflation und die Weltwirtschaftskrise. Seine Ausführungen über die Inflation weisen einige Fehler auf, z. B. waren die Reichsdarlehenskassenscheine nicht die erste Ursache der Inflation, sondern die rapide Zunahme der Diskontierung von Reichsschatzwechseln bei der Reichsbank; auch konnten die Reichskassenscheine nicht in unbegrenzter Menge ausgegeben werden (S. 264). Für den finanzpolitisch Interessierten sind die Zahlenangaben über die Einnahmen und Ausgaben Hamburgs vor und nach dem Kriege aufschlußreich; interessant sind hier auch Vergleiche der Einkommensteuer. Die Hamburgische Finanzpolitik nach dem Ersten Weltkrieg war weitgehend von ihm beeinflußt, für viele Maßnahmen trug er die Mitverantwortung. „Ich habe mich bemüht“, bemerkt der Verfasser (S. 532), „in den obigen Ausführungen zusammenfassend die Grundsätze zu schildern, die uns geleitet haben, und die Probleme aufzuzeigen, um deren Lösung wir gerungen haben.“ Des öfteren wirkte er in Berlin im Reichsrat als Vertreter Hamburgs mit.

Während des Ersten Weltkrieges war Lippmann auch entscheidend an der Regelung der Versorgung der Hamburger Bevölkerung beteiligt. Die noch in seinem Besitz gewesenen vollständigen Sitzungsprotokolle der Versorgungsbehörden ermöglichten ihm eine detaillierte Darstellung. Wenn er ausführlich die in den Kriegsjahren zugeteilten, ständig sinkenden Rationen an Lebensmitteln je Kopf der Bevölkerung aufzeigt, so empfiehlt sich die Lektüre besonders denen in unserer Wohlstandsgesellschaft, die diese Zeit nicht miterlebt haben, aber auch denen, die diese Verhältnisse schnelllebig vergessen zu haben scheinen.

Daneben war Lippmann vom Senat für mehrere Gesellschaften, wie Wasser-, Gaswerke, Hochbahn A. G., Stadttheater u. a. zum Staatskommissar bestellt worden (vgl. S. 607).

Nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst war Lippmann ab November 1935 im Vorstand der jüdischen Gemeinde in Hamburg tätig. In den letzten drei Kapiteln gibt er einen Überblick über das seit 1933 geschaffene Ausnahmerecht für die Juden. Am Schluß des Buches hat der Herausgeber eine Wiedergabe des handgeschriebenen Abschiedsbriefes Lippmanns vom 10. Juni 1943 an den Leiter der Bezirksstelle Nordwestdeutschland der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland angefügt.

Lippmann hatte kein Tagebuch geführt; er stützte sich zum Teil auf Drucksachen, Briefe und Bücher. Da ihm aber der Zugang zu den Büchereien bald verwehrt wurde, mußte er sich häufig auf sein Gedächtnis verlassen. Das erklärt Ungenauigkeiten, Irrtümer und Widersprüche in der Darstellung. Der Herausgeber war bemüht, wo es notwendig war, Zitate, Daten und Personenangaben zu korrigieren und zu ergänzen.

Teilweise sind die Ausführungen von Lippmann sehr weitschweifig und nicht frei von Wiederholungen. Manche seiner vielen Details sind für den Leser uninteressant. Der Verfasser geht stets auf die Menschen ein, mit denen er zusammenarbeitete. Mitunter ist das zweifelsohne interessant, hatte er doch mit manchen damals bekannten Persönlichkeiten Kontakt. Daneben werden aber auch viele Namen gebracht, die den meisten Lesern nichts sagen. Der Behauptung, daß Deutschland schon vor 1914 eine demokratischere Verfassung hatte als fast alle übrigen Länder, kann man wohl nicht zustimmen!

Im ganzen wird man der Bewertung des Buches, die der Herausgeber in seiner ausführlichen und instruktiven Einleitung ausspricht, zustimmen, daß es sich nämlich um ein zeitgeschichtliches Dokument von hohem Rang handelt. Wenn die vorliegenden Erinnerungen primär auch eine Quelle für die Geschichte Hamburgs sind, so sind sie doch zugleich auch eine bedeutende Quelle für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik (S. XV). Ihre Lektüre kann, und zwar nicht nur dem Wirtschafts-, Sozial- und Finanzhistoriker, wärmstens empfohlen werden.

Bruno Schultz, Berlin

Konrad Fuchs: Schlesiens Industrie, eine historische Skizze. München 1968. Delpsche Verlagsbuchhandlung. 62 S.

Ein wichtiges Thema ist hier für einen größeren Leserkreis in beinahe bedenklicher Kürze auf wenigen Seiten dargestellt. Daraus ergibt sich, daß viele Probleme eher nur aufgedeckt als abgehandelt werden können und daß manches vereinfacht zusammengefaßt werden muß, um wenigstens die großen Entwicklungslinien andeutend herauszuarbeiten. Aber das, was Fuchs in einprägsamer Form bringt, fußt doch auf außerordentlich intensiver Forschung, und so ist berechtigterweise zu hoffen, er möchte eine umfassende Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schlesiens diesem kleinen Hefte folgen lassen.

Eberhard Schmieder, Berlin

Karl Heinrich Kaufhold: Das Handwerk der Stadt Hildesheim im 18. Jahrhundert. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie. Göttingen 1968. Otto Schwartz & Co. 344 S.

Die Arbeit untersucht den wichtigsten Zweig der Wirtschaft einer mittelgroßen Stadt, das Handwerk. Da dieses nahezu vollständig in Zünften — d. h. in hier zu unterscheidenden Ämtern, Gilden und Innungen — organisiert war, können vor allem die auch anderswo üb-

lichen rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kennzeichen des Handwerks herausgestellt werden. Über Betrieb und Produktion des „freien“ Handwerks z. B. läßt sich allerdings nur wenig aussagen. Wesentlich ist das, was Kaufhold über die Entwicklung u. a. der Produktion, des Absatzes und der Preise des Handwerks, über das Einkommen und Vermögen der Handwerker ermittelt hat und auch in Schaubildern und statistischen Übersichten deutlich machen kann. Dabei erweist es sich, daß das Handwerk vor allem während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an wirtschaftlicher, sozialer und sicherlich auch politischer Bedeutung verlor. Dieser Rückgang gründete sich nun nicht allein auf die zünftlerischen Verhältnisse selbst, auf etwa Überfüllung des Handwerks und auf das steigende Angebot. Er ergab sich auch aus den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen und deren Wandlungen, aus den steigenden Lebenshaltungskosten sowie aus der sinkenden Nachfrage, und hinzu trat noch die Konkurrenz von Verlagen bzw. Manufakturen. Bedauerlich ist nur, daß das Buch, das sich in seinen Anlagen auch mit einer aufschlußreichen „Reduktion der Preisreihen auf den Silbergehalt ihrer Münzsummen“ beschäftigt, drucktechnisch recht mangelhaft herausgebracht worden ist.

Eberhard Schmieder, Berlin

Heinz Sauer mann (Hrsg.): Beiträge zur experimentellen Wirtschaftsforschung. Zweiter Band. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 252 S.

Zum Ansatz und zur Bedeutung dieser Frankfurter Arbeiten zur experimentellen Wirtschaftsforschung hat sich der Rezensent bereits bei der Besprechung des ersten Bandes der „Beiträge“ geäußert (Schmollers Jahrbuch 3/1969). Er kann sich in dieser Hinsicht auch deshalb hier knapp fassen, weil der erste Aufsatz des vorliegenden zweiten Bandes die beste Einführung in dieses Forschungsprojekt ist (Heinz Sauer mann: Die experimentelle Wirtschaftsforschung an der Universität Frankfurt am Main).

Alle sieben Einzelabhandlungen befassen sich mit Marktsituationen. Mikroökonomik ist das Exerzierfeld für experimentelle Wirtschaftsforschung. Sauer mann weist in seinem Vorwort darauf hin, daß demnächst auch über Ergebnisse eines makroökonomischen Experiments berichtet werde. Auch dies wird sich natürlich auf ein Spiel- und Verhandlungsmodell zu stützen haben, „Marktteilnehmer“ sind die makroökonomischen Entscheidungseinheiten (Sozialpartner, Zentralbank). Man könnte allerdings über den Terminus Makroökonomik streiten.

Thema der hier vorgelegten Beiträge ist die Frage, wie sich normative Theoreme den Ergebnissen empirischen Verhaltens in Experimentalsituationen gegenüber ausnehmen. Diese Frage wird explizit gestellt in dem Aufsatz von *Selten*, Ein Marktexperiment (66 S.) sowie von *Selten* und *Schuster*, Psychologische Faktoren bei Koalitionsverhandlungen (37 S.), den interessantesten Arbeiten dieses Bandes.

Das Marktexperiment ist so ausgelegt, daß es trotz einiger „Marktvollkommenheiten“ sinnvoll bleibt, die Vorhersagen der Theorie der vollständigen Konkurrenz auf die Ergebnisse des Spiels anzuwenden: Es zeigt sich keine Tendenz zum Konkurrenzgleichgewicht im Zeitablauf (10 Spielperioden), gleichwohl liegen die Durchschnittspreise und -mengen aller 100 Perioden (10 Spiele) sehr nahe bei den Gleichgewichtswerten.

Wesentlich zurückhaltender müssen auf dem Hintergrund der Untersuchung von *Selten* und *Schuster* die Aussagen der Spieltheorie über das Zustandekommen stabiler Koalitionen beurteilt werden. Die Koalitionsbildung ist ein Schlüsselproblem in n-Personen-Spielen, und die Vielzahl der spieltheoretischen Lösungsbegriffe spiegelt die Verschiedenartigkeit der unterstellten Bedingungen für eine normative Theorie der Koalitionsbildung wider. Mit der Hereinnahme (meßbarer) psychologischer Dimensionen (soziometrische Beurteilungen innerhalb der Spielergruppe, Risikobereitschaft, Dominanzstreben, Konformismus) in ein Koalitionsexperiment betreten die Autoren — soweit man sehen kann — Neuland. Sicherlich sind alle vorgestellten Experimente in ihrer Art genuin, aber sie unterscheiden sich doch in der Wichtigkeit ihrer Fragestellungen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Studie von *Becker* und *Selten* (*Experiences with the Management Game SINTO-Market*; 15 S.) sicherlich nicht von gleichem Interesse. Dieses elektronische Unternehmensspiel besticht eher durch seine gefälligen Ergebnisse: gute Übereinstimmung mit den von der Gestalt der Nachfragefunktion abgeleiteten theoretischen Ergebnissen.

Während die Oligopolspiele gewöhnlich mit verschiedenen Zeitperioden durchgeführt werden, werden in dem Beitrag „Drei experimentelle Oligopolspielserien mit kontinuierlichem Zeitablauf“ (60 S.) von *Selten* und *Berg* Experimente vorgestellt, in denen die Akteure zu jedem beliebigen Zeitpunkt Entscheidungen treffen können. Das für dieses Spiel entwickelte Gerät zur Anzeige der von den Teilnehmern gewählten Entscheidungszeitpunkte wird anschließend beschrieben.

Schließlich finden sich noch zwei experimentelle Beiträge zur Preisträgheit (*Häselbarth*) und zur Gewinnaufteilung (*J. W. Friedman*) in diesem zweiten Band.

Vergleicht man diese Arbeiten mit den Aufsätzen im ersten Band zur experimentellen Wirtschaftsforschung, so fällt es schwer, von einer „Weiterentwicklung“ zu reden. Es ist wertvolles zusätzliches Material. Es wird noch mehr folgen müssen (*Sauer* ermutigt in seinem Vorwort zu dieser Hoffnung), ehe allgemeinere Ergebnisse vorliegen. Das kann nicht anders sein. Die experimentelle Wirtschaftsforschung arbeitet „bausteinmäßig“, und eines ihrer Ziele ist es gerade, die allgemeinen Aussagen der allumfassenden analytischen Theorien zu prüfen. Dafür bietet diese wichtige Veröffentlichung dann auch gute Beispiele.

Werner Meißner, Darmstadt

Kurt Wessely (Hrsg.): Probleme zentraler Wirtschaftsplanung. Nationalökonomien Osteuropas über Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik. München 1967. R. Oldenbourg. 200 S.

Seitdem sich gezeigt hat, daß die traditionellen zentralistischen Planungssysteme den komplizierten Leitungsaufgaben reifer und komplexer werdender Industriegesellschaften immer weniger gewachsen sind, befinden sich die Wirtschaftsordnungen Osteuropas in einem mehr oder weniger umfassenden Reformprozeß. Dieser Reformprozeß erhöht nicht nur das wissenschaftliche und politische Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung osteuropäischer Länder, sondern vergrößert je nach seiner Intensität auch die Ost- und Westeuropa gemeinsamen wirtschaftspolitischen Gegenwartsprobleme und fördert die Kommunikationsbereitschaft der Wirtschaftswissenschaftler aus Ost und West. So häufen sich seit Mitte der sechziger Jahre gemeinsame wirtschaftswissenschaftliche Konferenzen, auf denen osteuropäische Wirtschaftswissenschaftler über strukturelle und ordnungspolitische Fragen ihrer Länder berichten und sich der Diskussion mit westlichen Kollegen stellen. Zu einem solchen Meinungsaustausch kam es auch im Herbst 1965 — am Vorabend der Wirtschaftsreformen in Osteuropa — in Gösing (Niederösterreich) anläßlich einer vom Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut veranstalteten Tagung. Ursprünglich unter dem Generalthema „Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum“ vorbereitet, rückten dann aber unter dem Einfluß der wirtschaftspolitischen Ereignisse die osteuropäischen Wirtschaftsreformen in ihren Mittelpunkt. Die Beiträge der osteuropäischen Teilnehmer liegen nun, ergänzt durch Diskussionsbeiträge von Tagungsteilnehmern aus Ost und West, in einem von Kurt Wessely herausgegebenen Sammelband im Druck vor.

Die Beiträge des Bandes lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen: Auf der einen Seite stehen Aufsätze, die sich — der ursprünglichen Thematik der Tagung entsprechend — mit Wachstums- und Strukturfragen osteuropäischer Volkswirtschaften beschäftigen. Hierzu gehören die Beiträge von B. *Minc* (Warschau): „Kriterien der Optimierung auf verschiedenen Stufen der sozialistischen Volkswirtschaft“, J. *Pajestka* (Warschau): „Analyse einiger Aspekte der ökonomischen Entwicklung Polens“, J. *Wyrozembski* (Warschau): „Wachstumsrate, technischer Fortschritt und Beschäftigung“ und I. *Vajda* (Budapest): „Wirtschaftswachstum und internationale Arbeitsteilung“. Besonderes Interesse beansprucht dabei der Aufsatz von J. *Pajestka*, in dessen Mittelpunkt die Analyse von Entwicklungszyklen steht. Er führt sie auf den Ablauf von Investitionsprozessen zurück und bietet einen Beitrag zum selten bestellten Feld sozialistischer Konjunkturtheorie.

Die zweite Gruppe von Beiträgen — wegen der Interdependenz von Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsstruktur allerdings nicht immer klar von der ersten abzugrenzen — beschäftigt sich mit den osteuropäischen Planungssystemen und ihrer Reformproblematik. Die Verfasser und ihre Themen sind: N. M. *Oznobin* (Moskau): „Die Organisa-

tion des Planungswesens in der Sowjetunion auf neuen Wegen“, S. V. *Maevskij* (Moskau): „Einige Fragen der Planung und planmäßigen Leitung der sowjetischen Volkswirtschaft im gegenwärtigen Entwicklungsstand“, S. *Ganczer* (Budapest): „Anwendung mathematischer Methoden für die Wirtschaftsplanung in Ungarn“, O. *Šik* (Prag): „Das neue Verhältnis zwischen Wirtschaftsplanung und Marktmechanismus in der ČSSR“, E. *Mihailovič* (Belgrad): „Das Außenhandelssystem in der sozialistischen Wirtschaft mit dezentralisierter Planung“, K. *Suchan* (Prag): „Das Finanzwesen in der neuen Leitung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft“, E. *Wilcsek* (Budapest): „Der Markt als Instrument der Planung“, A. *Lantay* (Preßburg): „Regionale Aspekte der Planung“ und B. *Levčik* (Prag): „Zum Problem der Planung und Lenkung der Arbeitskräfte“. Schließlich steuert der Herausgeber selbst eine Zwischenbilanz der Wirtschaftsreformen bei.

Die Beiträge dieser Gruppe machen neben vielen interessanten Einzelheiten des Wandlungsprozesses osteuropäischer Wirtschaftspolitik eines sehr deutlich: die konzeptionellen Unterschiede zwischen dem sowjetischen und dem tschechisch-ungarischen Reformtyp, zwischen modifiziertem, „aufgeklärtem“ Zentralismus auf der einen und Ausnutzung des Marktmechanismus im Rahmen einer neu verstandenen sozialistischen Planung auf der anderen Seite.

Wie bei einer Zusammenfassung derartiger Konferenzpapiere nicht anders zu erwarten, sind Informationsgehalt, Aktualität und wissenschaftliches Niveau der Beiträge unterschiedlich. Manche allzu kurz geratenen Beiträge — sie waren wohl als Zusammenfassung umfassender mündlicher Darstellungen gedacht — hätten vor der Drucklegung eine Erweiterung und Vertiefung vertragen. Angesichts der vielen Fragen, die die osteuropäischen Reformen bereits von ihrer Konzeption her aufwerfen, und in Anbetracht der Tatsache, daß dem Interesse an osteuropäischen Problemen nicht immer die zu ihrer Beurteilung notwendigen Informationen entsprechen, ist die Veröffentlichung jedoch zu begrüßen.

Hans-Hermann Höhmann, Köln

M. G. *Mueller* (Ed.): *Readings in Macroeconomics*. London 1966. Holt, Rinehart & Winston Ltd. XIII, 402 S.

Der Band enthält eine Zusammenstellung von 28 Aufsätzen, die zwischen 1937 und 1964 entstanden und (bis auf den Beitrag von E. E. *Hagen*: *The Classical Theory of the Level of Output and Employment*) während dieses Zeitraums in Zeitschriften oder Sammelbänden veröffentlicht worden sind. Viele von ihnen sind danach in anderen *Readings*-Bänden oder ähnlichen Publikationen wiederabgedruckt worden. Man könnte daher die Frage stellen, ob es des hier vorliegenden Neu-Arrangements überhaupt bedürftig hätte. Bei näherer Prüfung wird man diese Frage aber ziemlich eindeutig bejahen dürfen. Wie der Herausgeber in seinem Vorwort zutreffend bemerkt, existieren zwar zahlreiche *Readings*-Bände, in denen die jeweils relevanten Aufsätze zu speziellen Teilgebieten der Makroökonomik — Geld-

theorie und Geldpolitik, Fiscal Policy, Konjunkturtheorie, Wachstumstheorie, Einkommensverteilung — zusammengetragen worden sind, aber eine das Gesamtgebiet der Makroökonomie der vergangenen 30 Jahre umfassende Aufstellung der wichtigsten Beiträge stand bisher aus. Diese Lücke versucht der vorliegende Band zu schließen.

Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Versuch nicht unproblematisch ist. Angesichts der rapiden Entwicklung auf diesem Gebiet wird man über die Frage der Auswahl jener Beiträge, die relevant und wichtig sind, möglicherweise geteilter Meinung sein. Dem Herausgeber kann jedoch guten Gewissens bescheinigt werden, daß er mit sehr großer Sorgfalt zu Werke gegangen ist und daß es ihm gelungen ist, eine Auswahl zu treffen, mit der auch weniger wohlwollende Kritiker sich prinzipiell einverstanden erklären können.

Die 28 Beiträge sind unter sieben Hauptaspekten geordnet worden: Determinanten der Höhe des Gesamteinkommens; Konsum; Investition; Geld, Zins und Einkommen; Lohnsätze, Preisniveau und Beschäftigung; Konjunkturschwankungen und Wachstum; Wirtschaftspolitische Fragen. Die Autorenliste umfaßt so hervorragende Namen wie *Bronfenbrenner, Domar, Duesenberry, Farrell, Friedman, Hansen, Hagen, Harrod, Hicks, Kaldor, Knox, Lerner, Lubell, Th. Mayer, Meade, Mirrlees, Patinkin, Phillips, Ritter, Samuelson, W.L. Smith, Solow, Tobin, White*.

Einige der Aufsätze gehören mittlerweile zu den „klassischen“ Beiträgen der nach-keynesianischen Epoche der Nationalökonomie; es wäre ungerecht, hier einzelne besonders hervorzuheben.

Insgesamt kann das Werk zweifellos als eine sehr nützliche Ergänzung zur makroökonomischen Lehrbuchliteratur angesehen werden.

Helmut Walter, Köln

Helga Pollak: Wachstumsbedingte Verbrauchsstrukturänderungen und einige ihrer Konsequenzen für die Verbrauchsbesteuerung. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 143 S.

Der von der Verfasserin angeschnittene Themenkreis wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in den nächsten Jahren zu den wichtigsten Forschungsbereichen der Nationalökonomie gehören. Für Länder wie die Bundesrepublik ist ein gewisses wirtschaftliches Wachstum, ob es nun mit oder ohne Hilfe staatlicher Interventionen erreicht wird, der Normalzustand des Wirtschaftslebens geworden. Bekannt, aber noch nicht in allen Konsequenzen dabei durchdacht, ist die Tatsache, daß im Zuge dieses Wachstumsprozesses keine gleichmäßige Ausdehnung aller Sektoren stattfindet, daß vielmehr durch ein unterschiedliches sektorales Wachstum eine Verschiebung der Gewichte der einzelnen Bereiche stattfindet. Für diesen Strukturwandel sind nicht nur die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Realisierung des technischen Fortschritts in den verschiedenen Bereichen verantwortlich, sondern vor

allem Veränderungen auf der Nachfrageseite. Hier liegt der Ansatzpunkt für die Untersuchung von Helga Pollak, da dies zwangsläufig bei den an den Verbrauch spezieller Güter anknüpfenden Steuern zu einer höchst unterschiedlichen Entwicklung des Aufkommens der jeweiligen Verbrauchsteuer und darüber hinaus zu unmerklichen Steuerlastverschiebungen innerhalb der privaten Haushalte führen muß.

Als Indikatoren für die zukünftige Entwicklung des Verbrauchs werden von der Autorin die Einkommenselastizitäten der einzelnen Güter gewählt. Der Ermittlung dieser Elastizitäten, den vielfältigen methodischen Problemen bei der Messung von Elastizitäten und der Aufstellung von Engelkurven, dem Vergleich der Befunde verschiedener empirischer Untersuchungen auf diesem Gebiet und der Interpretation ihrer manchmal nur scheinbaren Widersprüche gilt das Hauptaugenmerk der Verfasserin. Mit viel Geschick sichtet sie das umfangreiche Material und ordnet es nach einzelnen Güterkategorien.

Hier wird jedem, der sich über dieses Gebiet informieren will, ein ausgezeichneter Überblick sowohl über alle methodischen Probleme als auch über das vorhandene empirische Material geboten. Gelegentlich möchte man allerdings der Autorin beipflichten, wenn sie Bedenken äußert (S. 67), daß die Darstellung darüber zu breit würde. So dürfte sich z. B. eine Erklärung der Lorenzkurve erübrigen, zumal eine Darstellung ohne Koordinatenbezeichnung (S. 44) einem Anfänger ohnehin nichts nützt.

Analysiert man den Inhalt dieses Teils hinsichtlich seiner Bedeutung für die angestrebten partiellen Wachstumsprognosen, so werden — bei aller Akribie der Darstellung — die Grenzen der Aussagefähigkeit von Elastizitätskoeffizienten dennoch bald sichtbar. Die nach der Meinung der Verfasserin bei den Elastizitätsberechnungen „allgemein akzeptierte“ (S. 23) Hypothese, daß sich Haushalte, die durch *generelle* Einkommenserhöhungen in eine höhere Einkommensklasse aufsteigen, so verhalten wie die bisherigen Mitglieder dieser Einkommensklasse (die ihrerseits ebenfalls in eine höhere Einkommensklasse aufrücken), kann besonders für längerfristige Vorausschätzungen nicht recht befriedigen. *Duesenberry* hat die Unhaltbarkeit einer solchen Verallgemeinerung hinlänglich bewiesen. Dieser Tatbestand ist auch der Verfasserin durchaus geläufig (S. 23); so versucht sie beispielsweise an verschiedenen Stellen (z. B. S. 66, S. 92, S. 103), die Diskrepanzen zwischen mikroökonomischen Querschnittsanalysen und mikroökonomischen Längsschnittanalysen analog der *Duesenberry*-Hypothese der Abhängigkeit vom relativen Einkommen zu erklären. Dennoch bevorzugt sie die Daten aus mikroökonomischen Querschnittsanalysen und zieht allenfalls noch Zeitreihen in Form von Wirtschaftsrechnungen hinzu, schließt die Ergebnisse makroökonomischer Längsschnittbetrachtungen aber nahezu gänzlich aus, da bei diesen die *ceteris-paribus*-Bedingung noch weniger eingehalten werden könne als bei Daten aus Querschnittsanalysen und die reinen Einkommenselastizitäten eher verfälscht wiedergegeben würden.

Hier stellt sich allerdings die Frage nach dem eigentlichen Ziel der Untersuchung: Geht es in erster Linie um die Berechnung der Einkommenselastizitäten, so mag die Autorin recht haben; geht es allerdings um „Verbrauchsstrukturänderungen und einige ihrer Konsequenzen für die Besteuerung“, so ist nicht ganz einzusehen, warum man sich so viel Mühe mit der Eliminierung all der anderen Faktoren neben dem Einkommen machen sollte, wenn diese — worauf ausdrücklich hingewiesen wird — ebenfalls Verbrauchsstrukturwandlungen bewirken (z. B. Veränderungen in der Einkommensverteilung), die man folglich später wieder hinzurechnen muß.

Titel, Gliederung und Einleitung, in der Helga Pollak ihre Aufgabenstellung selbst formuliert, deuten auf eine finanzwissenschaftliche Ausrichtung der Arbeit hin, bei der die Errechnung von Elastizitäten nur Mittel zum Zweck sein kann. Im Laufe der Arbeit scheint sich aber das Problem der Bestimmung von Elastizitäten gänzlich von einer solchen Aufgabenstellung losgelöst zu haben; die finanzwissenschaftliche Fragestellung wird zum einleitenden Aufhänger und zum Appendix. Die darin enthaltenen speziell finanzwissenschaftlichen Aussagen hätten auch ohne derartige minutiöse Vorarbeiten gemacht und als selbständiger Aufsatz veröffentlicht werden können. Das besagt jedoch keineswegs, daß sie nicht höchst interessant wären: Bleibt das jetzige Verbrauchsteuersystem unverändert, so muß das nach Ansicht von Helga Pollak zu einem unterproportionalen Wachstum des Aufkommens aus den speziellen Verbrauchsteuern führen, gleichzeitig aber zu einer verstärkten Regressionswirkung. Als Gegenmaßnahme empfiehlt sie eine verstärkte Besteuerung von Wein, Sekt, Kosmetika, elektrotechnischen Haushaltsgeräten, optischen Geräten sowie Kraftfahrzeugen. Ein durchaus diskussionswertes steuerpolitisches Programm.

Alles in allem ein sehr gutes und anregendes Buch, bei dem nur leider der etwas irreführende Titel im Leser zunächst falsche Erwartungen erweckt. Dennoch wird er von der Lektüre kaum enttäuscht sein.

Dieter Fricke, Köln

Rolf Krüger: Das wirtschaftspolitische Instrumentarium. Einteilungsmerkmale und Systematisierung. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 141 S.

Rolf Krüger stellt seiner Untersuchung die These voran, daß in der vorhandenen Literatur eine Systematik der verschiedenen Wirtschaftspolitiken kaum erkennbar, die Interdependenz des wirtschaftspolitischen Instrumentariums ungenügend berücksichtigt und das Zweck-Mittel-Verhältnis zu wenig betrachtet werden. Daraus leitet er die Aufgabe ab, sich mit den Einteilungsmerkmalen und einer Systematisierung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums zu beschäftigen.

Der Verfasser weiß, daß man über die Instrumente der Wirtschaftspolitik wenig aussagen kann, wenn man nicht zugleich die Ziele und Träger der Wirtschaftspolitik in die Betrachtung einbezieht. Deshalb befaßt sich ein reichliches Drittel des Buches erst einmal mit den

wirtschaftspolitischen Institutionen und vor allem mit den Zielen. Wer als Träger der Wirtschaftspolitik anzusehen ist, hängt in einer gegebenen Wirtschaftsordnung weitgehend von der Begriffsdefinition ab. Der Verfasser entscheidet sich dafür, hier den Staat in erster Linie als den Träger der Wirtschaftspolitik anzusehen und daneben weitere Träger der Wirtschaftspolitik anzuerkennen. Sodann gibt er einen kritischen Literaturüberblick über mögliche Einteilungen wirtschaftspolitischer Ziele. Dabei kann er sicher nicht die gesamte wirtschaftspolitische Literatur berücksichtigen, wohl aber die wesentlichen Ansätze sinngemäß darstellen. Er votiert selbst für die Formulierung einer komplexen Zieldefinition des wirtschaftspolitischen Handelns, die in der Erhaltung und Mehrung des Wohlstandes bestehen soll. Bei entsprechend großzügiger Definition des Wohlstandsbegriffs lassen sich dagegen keine formalen Einwendungen vorbringen.

Danach kann Krüger zu seinem eigentlichen Thema, der Behandlung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums, kommen. Er trägt sehr kritisch die in der Literatur vorzufindenden Systematisierungs- und Beurteilungsmerkmale für die Mittel der Wirtschaftspolitik zusammen. Das sind die Gliederung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums nach dem jeweiligen Träger, nach der Zuordnung zu den Zielen der Wirtschaftspolitik, nach der Anwendungstechnik, Wirkungsweise und Wirksamkeit, nach dem Zwangscharakter, nach dem Umfang des Anwendungsbereichs oder der Zahl der Betroffenen, nach funktionellen Kriterien, nach dem Ansatzpunkt im Ablauf des Wirtschaftsprozesses, nach gegebenen Situationen und Normen, nach sonstigen Kriterien sowie unter Berücksichtigung einer Kombination verschiedener Kriterien. Dieser Überblick ist die Basis für Krügers weitere Untersuchung. Der Verfasser verwirft die vorhandenen Ansätze und setzt an ihre Stelle eine eigene Systematik des wirtschaftspolitischen Instrumentariums. Er geht von der These aus, daß sich die Instrumente der Wirtschaftspolitik nur durch Verwendung verschiedener Einteilungskriterien auf mehreren Ebenen befriedigend gliedern lassen, wobei die bereits gebräuchlichen Begriffe verwendet werden sollen. So schlägt er zunächst eine grobe Gliederung nach den Trägern der wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor, unterscheidet dann im Bereich der dominierenden staatlichen Wirtschaftspolitik 1. Maßnahmen rein oder überwiegend ordnungspolitischer Art, 2. Mittel mit zugleich ordnungs- und ablaufpolitischem Charakter und 3. rein oder überwiegend ablaufpolitische Instrumente und subsumiert darunter schließlich die geläufigen Begriffe der verschiedenen Wirtschaftspolitiken.

Damit steht eine weitere Gliederung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums neben anderen. Man kann es so machen und auch anders. Das ist weitgehend eine Frage der Definition und des Zweckes, dem die jeweilige Systematisierung gerade dienen soll. Für die Krügersche Gliederung spricht in jedem Fall, daß sie wohl durchdacht ist. Aber der Anspruch des Verfassers geht noch weiter: Er möchte mit seiner Untersuchung zu einer systematischen und har-

monischen praktischen Wirtschaftspolitik beitragen, zu einer „Wirtschaftspolitik aus einem Guß“. Dazu hätte sich der Verfasser aber nicht vorwiegend mit einem Mittelsystem, sondern noch intensiver mit einem zugehörigen Zielsystem in der Wirtschaftspolitik auseinandersetzen müssen. Und dabei dürfte man nicht von einer komplexen Zieldefinition in der Wirtschaftspolitik ausgehen, sondern sollte mehrere Zielelemente berücksichtigen. (Ein solcher Katalog könnte bei entsprechender Definition beispielsweise die Elemente Wachstum, Gerechtigkeit, Freiheit und Struktur umfassen.) Dann müßte auf die Konflikte und gegenseitige Abhängigkeit zwischen diesen Zielelementen eingegangen werden. Und erst wenn es gelingt, ein möglichst konfliktfreies und die Abhängigkeiten berücksichtigendes Zielsystem zu erstellen, wird man durch den Einsatz des nach Krügerschen Merkmalen wohl geordneten wirtschaftspolitischen Instrumentariums der „Wirtschaftspolitik aus einem Guß“ näher kommen. Fritz Abb, Frankfurt

Dieter Spaetling: Die Beziehungen zwischen dem institutionellen Aufbau des Geld- und Kreditsystems und dem wirtschaftlichen Wachstum. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 251 S.

Der Verfasser will das Verhältnis zwischen Daten und Variablen des Wirtschaftsprozesses an Hand der Beziehungen zwischen Kreditsystem und Wachstum exemplarisch aufzeigen. Dazu konzipiert er eine Lehre von der Entwicklungsdynamik der finanziellen Institutionen, die freilich zunächst mehr in einem neuartigen Begriffsapparat besteht. Als konkretes Bindeglied zwischen Kreditsystem und Wachstum wird sodann die Investitionsentscheidung untersucht. Dies geschieht mittels einer mikroökonomischen Investitionsfunktion, die außer den üblichen produktionswirtschaftlichen Größen auch eine Präferenzfunktion enthält, welche die Haltung der Unternehmer gegenüber den möglichen Kombinationen von Rentabilität und finanzieller Sicherheit angibt, wobei die letztere von dem relativen Gewicht von Eigen-, Grund- und Fremdkapital abhängt. Daraus läßt sich formal die Nachfrage nach den verschiedenen Arten von Finanzierungsmitteln ableiten.

Der empirische Teil schildert die Entwicklung der einzelnen Gruppen des deutschen Kreditsystems, wie Banken, Sparkassen und Versicherungen. Naturgemäß bleibt die Verbindung zwischen der mit erheblichem mathematischem Aufwand erarbeiteten Investitionstheorie und dem historischen Material recht locker, zumal Banken und verwandte Institutionen ja nur für einen Finanzierungsaspekt, nämlich die Fremdkapitalausstattung, verantwortlich sind. Hauptergebnis der Untersuchung ist, daß die Wachstums- oder Leitindustrien nur relativ wenig vom Bankensystem abhängig sind, weil bei ihnen infolge der hohen Gewinne ein günstiges Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital besteht. Als eigentliche Einflußbereiche des Kreditbankensystems erweisen sich somit die durchschnittlich und unterdurchschnittlich wachsenden Branchen. Anton Konrad, München

Bank für Gemeinwirtschaft (Hrsg.): Zeitfragen der Kreditwirtschaft. Frankfurt/Main 1964. Fritz Knapp Verlag. 204 S.

Obwohl das Buch schon 1964 erschienen ist, verdient es doch wohl auch heute noch, hier angezeigt zu werden. Es geht auf den Wunsch der Bankpraxis zurück, das Gespräch zwischen dem Geld- und Kreditwesen und der Wirtschaftswissenschaft anzuregen und zu vertiefen. Das von Walter *Hesselbach* verfaßte Vorwort macht deutlich, daß die zunehmende Verwissenschaftlichung des Wirtschaftslebens und Arbeitsprozesses diese Diskussion notwendig macht. So haben sich die obengenannten im Hochschuldienst und in der Praxis tätigen Wissenschaftler zusammengefunden, um dieses Buch zu schreiben.

Die von den Autoren behandelten Themen unterliegen keinem für alle gültigen Leitgedanken, sondern sind lose zusammengefügt. Auch der sehr allgemein gewählte Buchtitel „Zeitfragen der Kreditwirtschaft“ deckt nicht alle Themen.

Im einzelnen werden folgende Bereiche behandelt: Devisenhandel (*Lipfert*) — Geldmarkt (*Köhler*) — Bankpreispolitik (*Krümmel*) — Kapitalmarkt (*Hankel*) — Inflation und Sparen (*Zweig*) — Geschichte der deutschen Arbeiterbanken (*von Loesch*).

Lipfert (Devisenhandel als Integrationsfaktor) untersucht die Frage, inwieweit der Devisenhandel die wirtschaftliche Integration begünstigt. Ein gut funktionierender Zahlungsverkehr war immer günstig für die Expansion des Handelsverkehrs. Insbesondere ein freier, nicht gelenkter Devisenhandel ist ein positiver Integrationsfaktor. Dies gilt nicht nur für die tendenziellen Devisengeschäfte, sondern auch und ganz besonders für die Devisenspekulation. Der Verfasser begründet diese Thesen ausführlich und belegt sie mit umfangreichen Beispielen aus der Geschichte des Devisenhandels.

Köhler (Der deutsche Geldmarkt — Alimentierung und kreditpolitische Beeinflussung) untersucht zunächst nach Darstellung des Wesens des Geldmarkts ausführlich die Schwankungen des Geldmarkts. Ihre Faktoren sieht er vor allem in der disproportionalen Entwicklung der Nichtbankeneinlagen und der Nichtbankenkredite. Diese wiederum geht darauf zurück, daß die Bundesbank den Nichtbanken Zentralbankgeld zuführt und entzieht. Er schildert ausführlich die Transaktionen der Bundesbank mit den Nichtbanken. Der Verfasser stellt dar, daß der Liquiditätsausgleich im Rahmen des Geldmarktes eine wichtige Funktion innerhalb dieser Transaktionen ausübt.

Inwieweit nimmt die Bundesbank wiederum Einfluß auf diesen Liquiditätsausgleich? Der Verfasser beschreibt kurz die kreditpolitischen Instrumente der Bundesbank und ihre Wirkungen auf den Liquiditätsausgleich. Zum Schluß werden — sehr kurz — die Beziehungen zwischen Geldmarkt und Kapitalmarkt beleuchtet. Instruktive Tabellen über den Liquiditätsausgleich beschließen diesen Beitrag, der zwar sehr interessant und neuartig in der üblichen Geldmarktliteratur ist, aber in der Linienführung nicht immer klar genug wird.

Krümmel (Ansätze zu einer Theorie der Bankpreispolitik) will die Voraussetzungen der Bankpreispolitik behandeln und das preispolitische Verhalten der Banken auf seine Rationalität hin untersuchen. Er beginnt mit einer Analyse des Bankleistungsbegriffes und bringt dann eine Systematik der Bankpreise. Er unterscheidet zwischen drei Angebotsformen (Einzelangebot, Sortimentsangebot und Bündelangebot) und zwischen den diesen entsprechenden Preisen. Im Anschluß daran behandelt er grundsätzliche preispolitische Verhaltensweisen, wie sie im Prinzip der kleinen Mittel zum Ausdruck kommen. Der Verfasser stellt dar, daß die Banken mit Variationen der Höhe des Preiszählers, verschiedenen Preisbezugsbasen und der Preisspaltung sowie mit Preisstaffelung und Preiskoppelung arbeiten. Grundlage ist die Verhandlungsstrategie der Banken.

Der Verfasser untersucht alsdann die Preispolitik der Banken im Gesamtkonzept ihrer Unternehmenspolitik. Hierbei gilt sein Interesse vor allem dem Gewinnmaximierungsprinzip, den Kostenstrukturen und den Preisuntergrenzen. Wesentlich für die Preispolitik der Banken scheinen dem Verfasser die unterschiedlichen Verhandlungsmachtstrukturen zu sein, denen die Banken sich gegenüber sehen.

Hankel (Der Kapitalmarkt, Versäumnis und Chance nachkriegsdeutscher Finanz- und Währungspolitik) zeichnet ein Bild von einer westdeutschen Finanz- und Währungspolitik, die an einem Kapitalmarkt seit 1955 nicht mehr interessiert gewesen sei. Die fehlende organische Kapitalmarktpolitik wirkte sich nach Hankels Meinung insoweit nachteilig aus, als die stark wachsende Geldkapitalbildung eine weit größere Staatsverschuldung ermöglichte, als sie in Wirklichkeit in Anspruch genommen wurde. Hankel begründet dies und macht Vorschläge, die bei stärkerer öffentlicher Anleihebegebung sich entwickelnden Probleme zu lösen. Er schildert vor allem auch die positiven Konsequenzen, die eine stärkere öffentliche Verschuldung mit sich bringen würde (vor allem eine bessere Beeinflussung der Konjunktur durch die Zentralbank). Den zweiten Teil seiner Betrachtungen widmet er zunächst der Frage, inwieweit eine aktive Kapitalmarktpolitik mit den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen vereinbar ist. Er kommt zu dem Ergebnis, daß ein Mehr an Kapitalmarktpolitik die Zielkonflikte aufzulösen vermag. Alsdann schildert er, inwieweit die Kapitalmarktpolitik verstärkt werden kann, d. h. welche Datensetzungen hierfür notwendig sind.

Zweig (Inflation und Sparen) fragt, ob vermehrtes Sparen inflatorische Prozesse verhindern kann. Er beschreibt zunächst kurz die allgemeinen Voraussetzungen einer Inflation und kommt dann auf die zahlreichen Inflationstypen zu sprechen. Eine Abhandlung über die Grenzen inflatorischer Prozesse ist eingeschlossen.

Der zweite Teil der Abhandlung ist der Rolle des privaten Sparens bei der Inflationsbekämpfung gewidmet, wobei der Verfasser diese Frage anhand der drei wichtigsten Inflationstypen, nämlich der investitionsinduzierten, der budgetären und der importierten Inflation

untersucht. Zweig kommt zu dem Ergebnis, daß durch eine entsprechende Sparförderung dauerhafteren inflatorischen Prozessen begegnet werden kann. Bei kurzfristigen inflatorischen Störungen erscheint es ihm sinnvoller, in den öffentlichen Haushalten im Rahmen einer antiinflationistischen Finanzpolitik zu sparen. Dagegen lehnt Zweig eine private Ersparnissteigerung im Kampf gegen eine budgetäre oder importierte Inflation ab.

Von Loesch (Geschichte der deutschen Arbeiterbanken bis 1933) beschäftigt sich zunächst mit den alten Spar-, Darlehens- und Sterbekassen aus der Zeit von 1850 bis 1914. Andere Abschnitte sind der Geschichte der Beamtenbanken, der Konsumvereinsparkassen und der Gewerkschaftsbanken gewidmet. Während die Beamtenbanken und die Konsumvereinsparkassen weitgehend für Arbeitnehmer selbst tätig waren, wickelten die Gewerkschaftsbanken als Hausbanken der Gewerkschaften vornehmlich die Bankgeschäfte der Arbeitnehmerverbände, insbesondere die Verwaltung der Gewerkschaftsbeiträge ab. Der letzte Abschnitt dieses Beitrags gilt der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G., die als Hausbank der Spitzenverbände der Gewerkschaften fungierte. Dieser Beitrag behandelt nur die wichtigsten Daten der Geschichte der deutschen Arbeiterbanken. Vergleiche und typische Veränderungen werden nicht dargestellt.

Die Beiträge dieses Buches unterliegen keinem gemeinsamen Leitgedanken. Dies macht sich seinerseits in der Themenstellung bemerkbar. Themen aus der Bankbetriebswirtschaftslehre stehen neben gesamtwirtschaftlichen Themen. In letzteren wird sowohl die Wirtschaftstheorie wie auch die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsgeschichte angesprochen. Andererseits ist das Fehlen eines Leitgedankens — und damit auch die Uneinheitlichkeit der Themen — bestimmend für die unterschiedliche Qualität der Beiträge. Neben straff durchgeführten Untersuchungen mit einem relativ hohen Erkenntnisgrad stehen Aufsätze, die in epischer Breite und daher nicht lückenfrei ihre Themen behandeln.

Für diese Beitragssammlung spricht hingegen, daß durchweg neue, bisher wenig oder gar nicht erörterte Fragestellungen bearbeitet wurden. Insofern läßt sich — *ex post* — eine Leitidee formulieren, nämlich der bank- und währungswissenschaftlichen Forschung neue Wege zu zeigen.

Hans Kasten, Frankfurt

Mittelfristige Finanzplanung. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 31. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. in Bad Godesberg am 30. und 31. Mai 1968. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 137 S.

Der vorliegende Band, eine Niederschrift des wissenschaftlichen Teils der 31. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., gibt mit drei Referaten und der anschließenden Diskussion die Auffassungen

und Fragestellungen hervorragender Sachkenner aus Wissenschaft und Verwaltung zur mittelfristigen Finanzplanung und ihren vielfältigen Problemen wieder.

Bei den Referaten handelt es sich um 1. Fritz *Neumark*: Mittelfristige Finanzplanung und Konjunkturpolitik; 2. Lorenz *Wolkersdorf*: Beziehungen zwischen Haushaltsplan und Finanzplanung unter besonderer Berücksichtigung politischer und administrativer Aspekte; 3. Günter *Hagemann*: Beziehungen zwischen mittelfristiger Finanzplanung und Finanzverfassung im föderativen Staat unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der BRD.

Können die Referate wie auch einzelne größere Diskussionsbeiträge (z. B. *Hettlage*) als eindringliche Kommentare der mittelfristigen Finanzplanung angesehen werden, so bietet die Diskussion als solche mit der Darlegung einzelner Aspekte: wie zur Frage der aufzustellenden Alternative, der Auswahl der „Schubladenprojekte“, der Frage der Berücksichtigung in naher Zukunft bevorstehender Steueränderungen, der Probleme des Planungszeitraumes usw. eine Fülle wertvoller Anregungen und interessanter Einsichten. Es sei noch angemerkt, daß die Veröffentlichung sich nicht als eine Einführung, sondern als Lesestoff für den bereits mit den Grundsätzen der mittelfristigen Finanzplanung Vertrauten eignet. Für diesen kann — in Abwandlung einer oft gebrauchten Floskel — darauf hingewiesen werden, daß das Lesen des vorliegenden Bandes mehr als einen Informationsgewinn — nämlich den Genuß des unmittelbaren Erlebnisses einer anregenden Diskussion — vermittelt.

Lore Kullmer, Regensburg

Adolf Blind, Christian von Ferber, Hans-Jürgen Krupp (Hrsg.): Sozialpolitik und persönliche Existenz — Festgabe für Hans Achinger anläßlich seines 70. Geburtstages am 5. Oktober 1969. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 307 S.

Die Mehrzahl der behandelten Themen in dieser Festschrift — sie ist dem emeritierten Frankfurter Ordinarius für Sozialpolitik, Hans Achinger, zum 70. Geburtstag gewidmet — erscheint mir in geglückter Weise auf die wissenschaftlichen Interessen des Jubilars zugeschnitten. Wie die Herausgeber im Vorwort betonen, „war es vor allem ein Gedanke, dem Achingers Wirken galt . . .: Schutz und Hilfe den Menschen zu verbürgen, die an den Erfolgen des herrschenden Wirtschafts- und Sozialsystems nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maße teilhaben“.

Diese Aufgabenstellung erfordert — was inzwischen immer deutlicher wird — auch zunehmend eine Gewichtsverlagerung in der Sozialpolitik, wie sie Elisabeth *Liefmann-Keil* (Dienstleistungen im Gesundheitsbereich) pointiert herausarbeitet: „Es wird der Übergang von der vornehmlich an einkommenspolitischen Maßnahmen orientierten Politik zu den Aufgaben einer umfassenderen, an unterschiedlichen Leistungen, insbesondere persönlichen Dienstleistungen, orien-

tierten Politik immer dringlicher werden“ (S. 156). Hierbei spielt eine erhebliche Rolle, daß sich das Schwergewicht der Krankheiten mehr und mehr von den Infektions- zu den chronischen Krankheiten verschiebt. Das erfordert auch eine Umorientierung der gesetzlichen Krankenversicherung, in deren Rahmen — wie viele andere — Wilfrid *Schreiber* regelmäßige, alle ein bis zwei Jahre zu wiederholende Vorsorge-Untersuchungen fordert, die „allen GKV-Mitgliedern dringend zu empfehlen oder gar zur Pflicht zu machen (sind)“ (S. 293), evtl. unter „Androhung“ eines sonst höheren Beitragssatzes (Einige Gedanken zur langfristigen Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung — Das Idealmodell eines lebensbegleitenden Krankenschutzes —). Auch der Achinger-Schüler Dieter *Schäfer* (Die sozialen Dienste im Rahmen einer Systematik der sozialen Hilfen) befaßt sich mit Problemen aus diesem Bereich, und zwar mit „sozialen Diensten“, die als „auf die Person gerichtete“ ... „Leistungen ... irgendeinen pathologischen Zustand beheben oder mildern oder auch verhüten sollen“ (S. 273). Im Beitrag von Rudolf *Gunzert* (Kommunale Sozialpolitik — heute) wird gleichfalls das Problem sozialer Dienstleistungen und Einrichtungen (z. B. Unterbringung und Betreuung alter Menschen, Hilfen für berufstätige Mütter) angesprochen.

Einen weiteren Schwerpunkt im Denken Achingers und auch in dieser Festgabe kann man im Bemühen um eine Integration der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Zweige sehen. Diesem Problembereich zugehörig sei beispielhaft hingewiesen auf die Beiträge von Hans-Jürgen *Krupp*, dem Nachfolger Achingers auf dessen Frankfurter Lehrstuhl (Simulationsverfahren in der Sozialpolitik. Ein Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Integration?), und Christian *von Ferber* (Der Beitrag zur Soziologie zur Sozialreform). Für „die gesellschaftlich-praktische Wirkung der Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Soziologie“ ist es bezeichnend, daß *von Ferber* es eingangs zunächst für nötig erachtet, ein relativ ausführliches Plädoyer für die Bedeutung der Soziologie im gesellschaftlich-politischen Leben zu halten. Da — Einzelfälle ausgenommen — eine Zusammenarbeit beispielsweise von Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen und (Sozial-)Psychologen bislang nicht konstatiert werden kann, sind Beiträge, die auf eine Integration sozialwissenschaftlicher Arbeit hinzielen, besonders zu begrüßen. Diesem Themenbereich ist auch der Aufsatz von Viola *Gräfin Bethusy-Huc* zuzurechnen (Sozialpsychologische Überlegungen zur sozialen Sicherungspolitik); die darin vertretene These, das „Gefühl der sozialen Unsicherheit ergibt sich“ unter anderem „aus der Einengung des persönlichen Handlungsspielraums infolge von Beitragserhöhung und Besteuerung“ (S. 34), ist zwar häufig zu hören, wird aber m. E. in dem Beitrag keinesfalls überzeugend belegt.

Der hier anzuzeigende Band enthält weiterhin Beiträge aus den für die sozialpolitische Forschung gleichfalls bedeutsamen Gebieten der Statistik (Adolf *Blind*: Die Problematik des Begriffs der Bevölkerung in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft) und der Rechtswissen-

schaft (Walter Bogs: Von der Freiheit durch das Gesetz. Bemerkungen über Anspruchs- und Ermessensleistungen im Sozialrecht). Dem Rezensenten ist es bei der Vielzahl der Aufsätze (20) nicht möglich, jede der Abhandlungen kommentierend zu erwähnen, ein eigener umfangreicher Beitrag wäre notwendig. Es seien nur noch die restlichen Autoren mit den von ihnen behandelten Themen genannt: Fritz Adam setzt sich mit einer Reihe von plausiblen Argumenten dafür ein, in stärkerem Maße Berufs- anstelle von Erwerbsunfähigkeitsrenten zuzuerkennen. Hanns Eyferth: Zu einer soziologischen Analyse der Sozialarbeit. Rudolf Hoernigk: Konzeptionen der Gewährung sozialer Leistungen. Hans Muthesius erinnert an die Frankfurter Habilitationsschrift Achingers „Sozialpolitik und Fürsorge, ein Abgrenzungsversuch, begründet aus den Ursachen der Notstände“ (veröffentlicht 1939). Helge Pross: Mitbestimmung und Privateigentum. Oswald von Nell-Breuning: Zwischen Arbeitslosigkeit und Überbeschäftigung. Eugen Pusič (Zagreb): Social Policy as a Factor of Social Change. Otto Neuloh: Sozialplanung und persönliche Freiheit in der Sozialpolitik. Kurt Jantz: Personalität, Subsidiarität und Solidarität in der sozialen Sicherheit. Ludwig Neundörfer: Die Vergessenen. Notstände, die von der Sozialgesetzgebung nicht gedeckt sind. Ludwig Preller: Das Bild des Menschen in der Sozialpolitik.

Wie auch die letztgenannten Themen deutlich werden lassen, bietet die Festschrift insgesamt gesehen ein erfreuliches Beispiel für eine relativ enge Ausrichtung der Beiträge auf das gewählte Grundthema, so daß der an der Themenstellung interessierte Leser hierzu tatsächlich Anregungen finden wird.

Winfried Schmähl, Frankfurt/M.

Gerhard Schmidtchen: Die Lage der Selbständigen im Alter — Ergebnisse repräsentativer Sozialenquêtes des Instituts für Demoskopie Allensbach. — Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968. Kohlhammer. 192 S.

Eine Vielzahl von Gründen kann dafür angeführt werden, daß eine Einbeziehung der noch nicht versicherten Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung wünschenswert ist (siehe beispielsweise die Ziffern 534—538 der „Sozialenquête“). Sind (einmal abgesehen von allen in diesem Zusammenhang zu klärenden Einzelfragen der Versicherungsbedingungen, der Übertragung von Ansprüchen usw.) die eventuell von einer solchen Regelung Betroffenen überhaupt an einer gesetzlichen Pflichtaltersversicherung interessiert? Diese Frage steht im Zentrum zweier Umfragen, die das Allensbacher Institut für Demoskopie im Auftrage des Bundesarbeitsministeriums im Winter 1965/66 und Januar/Februar 1967 durchführte. Und zwar wurden befragt: 1. erwerbstätige Selbständige unter 65 Jahren (1 000 Personen, Einzel- und Großhändler, Handelsvertreter, Inhaber von Versicherungs- und Maklerbüros, Selbständige im Gaststätten- und Beherbergungs- sowie im Transport- und Beförderungsgewerbe); 2. über 65 Jahre alte Selbständige (400 Personen) und 3. 150 Witwen von Selbständigen.

Die drei Fragebogen wurden von Elisabeth *Noelle-Neumann* entwickelt und dankenswerterweise im (zwei Drittel des Gesamtbandes umfassenden) Anhang zusammen mit den Ergebnissen und methodischen Anmerkungen veröffentlicht.

Ohne auf Einzelheiten der vielfältigen Umfrageergebnisse einzugehen, sei nur folgendes hervorgehoben: Es wird deutlich, daß die überwiegende Mehrzahl der befragten Selbständigen für sich eine staatliche Alterssicherung befürwortet. Ob man hiervon auf alle Gruppen von Selbständigen schließen kann, bleibt jedoch noch offen.

Zur Altersvorsorge allgemein wird festgestellt, daß die „Selbständigen ... hauptsächlich um Formen der Alterssicherung bemüht (sind), für die regelmäßige Eigenleistungen erforderlich sind, und die u n a b h ä n g i g von der späteren Ertragslage oder der Existenz ihres eigenen Betriebes wirksam werden“ (S. 25; Hervorhebung von mir, W. Sch.). Obgleich gerade der größte Teil der befragten Inhaber von Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten Einkünfte aus dem eigenen Unternehmen haben wird, sieht die Hälfte dieser Unternehmer diese Form der Alterssicherung nicht als „ideal“ an, wofür sich verschiedene Gründe anführen lassen (S. 28/29). Die Mehrheit aller untersuchten Gruppen beurteilt dagegen die gesetzliche Altersversicherung als „ideale“ Vorsorgeform (siehe Tabelle 23, S. 42).

Die wenigen Angaben zur Einkommenssituation insbesondere von Selbständigen unter und über 65 Jahren lassen — bei aller Vorsicht — doch eine erhebliche Einkommensdifferenz zwischen Erwerbsleben und Alter erkennen: Von allen unter 65 Jahren alten Selbständigen erzielen ein monatliches Nettoeinkommen von 1 000 DM und mehr 59 % aller Befragten (außerdem machten 14 % — ! — keine Angaben), von den nicht mehr berufstätigen über 65 Jahre alten Selbständigen nur 20 % (1 % ohne Angabe). Es ist durchaus denkbar, daß dieser Einkommensabfall zum Alter hin durch eine Pflichtversicherung gemindert werden kann.

Vom sozialen Gesichtspunkt her besonders bedenklich erscheint folgende Feststellung: „Selbständige, die sich mit einer schleppenden oder gar schlechten Entwicklung ihres Betriebes herumschlagen, planen weniger für ihr Alter“ (S. 53/54). Gerade für wenig finanzkräftige Klein- und Mittelunternehmer besteht in Zeiten relativ schnellen und starken Strukturwandels und bei einer überwiegenden Abhängigkeit ihrer Altersversorgung vom eigenen Unternehmen die Gefahr eines großen Einkommensrückgangs im Alter. Bezeichnend ist auch das Untersuchungsergebnis, daß — abgesehen von der insbesondere berufsbedingten Skepsis gegenüber Versicherungsvertretern und Maklern der gesetzlichen Altersversicherung — jene Selbständigen einer gesetzlichen Regelung der Altersvorsorge wenig Gegenliebe entgegen bringen, „die erklären, ihr Betrieb werde in den kommenden 10 Jahren blendend laufen“ (S. 58).

Die vorliegende Untersuchung (deren Inhalt vielleicht treffender — als durch den gewählten Titel — charakterisiert wäre durch die Frage:

Wie stehen Selbständige einer Einbeziehung in die gesetzliche Altersversicherung gegenüber?) untermauert durch ihre Ergebnisse viele der zur Begründung der Forderung nach Erweiterung des Personenkreises in der gesetzlichen Altersversicherung vorgebrachten Argumente und könnte den Anstoß geben zu intensiverer Beschäftigung mit den dann auftretenden Fragen der konkreten Verwirklichung dieses Zieles.

Winfried Schmähl, Frankfurt/M.

Otto Blume: Möglichkeiten und Grenzen der Altenhilfe. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII, 149 S.

Blume hat sich in der hier anzuzeigenden Untersuchung die Aufgabe gestellt, mit Hilfe von mehr als 10 300 Fragebogen Auskunft darüber zu geben, inwieweit für ältere Menschen ein umfassender Lebenslage-typus gebildet werden kann und ob dieser Typus mit anderen Bevölkerungsgruppen vergleichbar ist. Dabei geht der Verfasser von den Postulaten des Bundessozialhilfegesetzes aus, die er zunächst als Fragen interpretiert. Im Mittelpunkt der Diskussion steht das Ausmaß der notwendigen Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die unter § 75 BSHG subsumierten Möglichkeiten der Altenhilfe (Hilfe zu einer Tätigkeit, Hilfe bei der Beschaffung von Wohnungen, Hilfe zum Besuch von Veranstaltungen, die der Geselligkeit oder kulturellen Bedürfnissen dienen, Hilfe, die die Verbindung mit alten Menschen ermöglicht).

Im ersten Teil, der überschrieben ist „Das Bundessozialhilfegesetz und die Träger der Sozialhilfe“, werden auf knappem Raum zunächst frühe Formen der Altenhilfe und die gegenwärtig für die Bundesrepublik gültigen gesetzlichen Grundlagen dargestellt. Besondere Bedeutung kommt dabei der Analyse von Vorstellungen des Gesetzgebers über die Lebenslagenmerkmale älterer Menschen und seinen Zielen zu. Denn mit dieser Analyse schafft sich der Autor den Maßstab, mit dem er die tatsächlichen Lebenssituationen älterer Menschen und die Verwirklichung der vom Gesetzgeber fixierten Ziele beurteilen kann.

Der zweite Teil der Untersuchung referiert die Forschungsergebnisse des Verfassers. In diesem Teil wird eine derartige Fülle von Informationen ausgebreitet, daß hier nur das Wichtigste ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit kurz angesprochen werden kann.

Blume gibt zunächst — nach einer kurzen Vorbemerkung — eine Übersicht über die demographischen Merkmale der befragten älteren Menschen. Im Anschluß daran schildert er die um Wohnung und Haushalt sowie die um die tatsächliche oder vermeintliche Vereinsamung kreisenden Probleme. Der m. E. interessanteste und aufschlußreichste Teil der Arbeit folgt unter der Überschrift „Kritische Erörterungen der Maßnahmen der speziellen Altenhilfe nach § 75 BSHG.“ In diesem Abschnitt weist Blume auf die vielfältigen Probleme für ältere Menschen hin, die bei der Versorgung mit angemessenem Wohnraum und den Versuchen zur Beteiligung am kulturellen Leben bzw. zur verstärkten Kontaktaufnahme mit der Umwelt entstehen.

Dieser Teil des Buches ist besonders anregend und informativ. So wird hier u. a. auch die durch das ganze Buch hindurchgehende These begründet, daß bildungspolitische Versäumnisse nach dem 65. Lebensjahr nicht wiedergutmacht werden können, daß aber entsprechende Anreize zur Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Selbsthilfe, die an den Jugendlichen herangetragen werden, die wichtigste Altenhilfe bilden. Zwei weitere wichtige Ergebnisse: Die Mehrheit der Arbeitnehmer sieht das 60. Lebensjahr als die ideale Berufsgrenze an, und: der Kreis der älteren Menschen, die Hilfe nach dem BSHG in Anspruch nehmen, ist aus zahlreichen Gründen (verschämte Armut u. a.) kleiner, als er zu sein brauchte.

Im dritten Teil seiner Arbeit beantwortet Blume zusammenfassend die eingangs gestellten Fragen. Neben dem Hinweis auf die enge Verzahnung von Bildungspolitik und Sozialpolitik ist seine wichtigste Folgerung, daß das BSHG wegen seines Zuschnitts auf Hilfe im Einzelfall nicht dazu ausreicht, den Gestaltungsspielraum älterer Menschen hinreichend zu erweitern; das BSHG kann den Lebenslagetypus einer zahlenmäßig bedeutenden Bevölkerungsgruppe nicht positiv beeinflussen.

Im Rahmen dieser kurzen Übersicht ist es nicht möglich, alle Aspekte dieser wichtigen Arbeit von Blume aufzuzeigen. Deshalb beschränke ich mich ohne weitere Begründung darauf, dieses Buch Stadtplanern und Bildungspolitikern ebenso wie Sozialpolitikern und Sozialarbeitern als anregende und hilfreiche Lektüre sehr zu empfehlen.

Detlef Marx, Berlin

Bernhard Großfeld: Aktiengesellschaft, Unternehmenskonzentration und Kleinaktionär. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XVIII, 347 S.

Ein wichtiger Teilaspekt des zur Zeit in der Diskussion im Vordergrund stehenden Konzentrationsproblems sind die Wege der Konzentration (*Lenel*), und hier wiederum ist es das Aktienrecht, ohne das der heutige Umfang der Konzentration kaum denkbar wäre. In seiner Habilitationsschrift nimmt sich nun der Verfasser, gestützt auf umfangreiche Literaturstudien, dieses schwierigen Problemkreises an, indem er untersucht, in welcher Weise das Aktienrecht zur Beherrschung des Konzentrationsvorganges und damit zur Erhaltung eines funktionsfähigen Wettbewerbs beitragen kann. Die breit und überaus sorgfältig angelegte Arbeit beschränkt sich dabei nicht auf eine Analyse des derzeit geltenden Aktiengesetzes und daraus abgeleiteter Reformvorschläge, sondern durchleuchtet das Aktienrecht in seiner geschichtlichen Entwicklung, stellt es bezüglich des Wettbewerbsgedankens in den Gesamtzusammenhang unseres Rechtssystems, erhält neue Einsichten durch den Vergleich mit dem amerikanischen Rechtssystem und gewinnt aus diesen Überlegungen heraus Ansatzpunkte, wie das Aktienrecht im Sinne einer besseren Wahrnehmung seiner Wettbewerbsfunktion auszugestalten wäre.

Der einleitende Teil der Arbeit setzt sich mit den Grundfragen auseinander, die sich aus der bei der Aktiengesellschaft herrschenden Trennung von Besitz und Macht ergeben. Dabei ergibt sich der interessante Ausgangspunkt der folgenden Untersuchung, nämlich daß ein enger Zusammenhang zwischen der gesellschaftsinternen Machtkonzentration und dem Auftreten der Gesellschaft nach außen besteht. Insbesondere wird durch die Passivität der Kleinaktionäre und die daraus resultierende Machtfülle der Gesellschaftsleitung die Konzentrierung stark erleichtert. Der Ansatzpunkt für eine Verbesserung des Aktienrechts ist damit schon angedeutet.

Zunächst wird jedoch im ersten Hauptteil der Arbeit die grundlegende rechtstheoretische Frage geklärt, ob das Aktienrecht überhaupt die Aufgabe habe, Machtkonzentration zu verhindern und einen funktionsfähigen Wettbewerb zu erhalten. Der Gedankengang, der zur Bejahung dieser Frage führt, ist in aller Kürze folgender: Nach dem Grundgesetz ist der Gesetzgeber zum Schutz der Freiheit des einzelnen berufen. Daraus ergibt sich eine Kontrolle der durch private, d. h. auch wirtschaftliche Macht entstehenden Freiheitsbeschränkung. Da Freiheit (und auch Gleichheit) im Prinzip so lange erhalten sind, als jeder die Chance hat, selbst Zentrum einer Machtstruktur zu werden, also ein Wettbewerb um die Macht zwischen den Machträgern existiert, ist der Staat mindestens verpflichtet, für „den Bestand eines funktionsfähigen Wettbewerbs zwischen den privaten Machträgern“ (S. 68) zu sorgen. Das gilt nun in besonderem Maße für die Ausgestaltung des Aktienrechts, da die Aktiengesellschaft infolge ihrer Größe, ihrer Unsterblichkeit und ihrer beschränkten Haftung eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs darstellt. Ein ausgedehnter historischer Überblick über die Geschichte des Wettbewerbsgedankens zeigt, daß erst in jüngster Vergangenheit die wettbewerbspolitische Ausrichtung des Aktiengesetzes verlorenging. Nicht ganz deutlich wird in diesem Zusammenhang, warum nach der Aktienrechtsnovelle von 1870 plötzlich eine starke Kritik an der Aktiengesellschaft einsetzte und warum vor allem die Novelle von 1884 an dieser Kritik vorbeiging (S. 139 ff.). Es taucht hier die Frage nach Einflußgruppen auf, ebenso wie bei dem plötzlichen Einsetzen von Urteilen, die Kartelle für rechtsgültig erklären (S. 153 ff.).

Im zweiten Hauptteil der Arbeit geht der Verfasser auf die Verwirklichung der Wettbewerbsfunktion des Aktienrechts ein. Dabei zeigt es sich, daß es in erster Linie darauf ankommt, die Passivität der Aktionäre zu überwinden und sie „als gesellschaftsinterne Machtfaktoren zur Geltung zu bringen“ (S. 191). Als Ansatzpunkt hierfür kommt nicht die Mitverwaltung durch die Aktionäre in Frage, sondern ein Ausbau ihrer Kontrollrechte, und zwar in der Form von Individualrechten. Von der Vielzahl möglicher Kontrollrechte greift Großfeld die Geltendmachung der verbandsinternen Haftung exemplarisch heraus, da gerade dieses Recht für die Kontrolle von Großaktionären und Verwaltung bedeutungsvoll ist. Die Einzelklage des Kleinaktio-

närs ist im amerikanischen Recht als „*derivation suit*“ längst bekannt, und in einer ausführlichen Kommentierung macht der Verfasser mit den insgesamt, trotz einiger Mißbräuche, positiven Erfahrungen mit dieser Rechtsinstitution bekannt. Diese Geltendmachung von Ersatzansprüchen gibt auch dem Kleinaktionär die Möglichkeit, als gesellschaftsinterner Machtfaktor aufzutreten, ohne daß er auf Minderheitsregelungen angewiesen ist. Großfeld empfiehlt eine auf deutsche Verhältnisse abgestimmte Übernahme der Einzelklage.

Schon dieser kurze Überblick — auf die Vielzahl der interessanten Gesichtspunkte einzugehen verbietet der Raum — zeigt, welche wichtigen Probleme in dieser Arbeit behandelt werden. Hervorzuheben ist noch die klare und anschauliche Darstellungsweise, die das Verständnis der doch recht komplizierten Materie sehr erleichtert.

Dieter Stilz, z. Z. Kabul

Peter Schöber: Die Wirtschaftsmentalität der westdeutschen Handwerker. Köln und Opladen 1968. Westdeutscher Verlag. 202 S.

Die Studie, vom Herausgeber „als eine Art von Pionierarbeit“ gewürdigt, basiert auf einer Reihe unbewiesener Annahmen, die der Verfasser gelegentlich selbst als Behauptungen bezeichnet. Sie steht in der Gedankenwelt von Karl *Marx* und bezieht ihr modernes theoretisches Rüstzeug in der Hauptsache von Talcott *Parsons*, einem der führenden amerikanischen Soziologen; Max *Weber*, Emile *Durkheim* und Theodor *Geiger* tragen zur theoretischen Fundierung bei. Der Verfasser sieht sein Untersuchungsobjekt wie folgt: „Viele Handwerker leiden unter Anpassungsschwierigkeiten, da sie nicht im Rahmen der industriellen Kultur sozialisiert worden sind: Sie streben nicht nach der Maximierung ihres Einkommens, sondern nach einem standesgemäßen Einkommen, sie bekennen sich nicht zum Wettbewerb, sondern zur „Zusammenarbeit“, sie wollen keinen leistungsfähigen Betrieb, statt dessen eine bedächtigen Arbeitsstil pflegen, sie bekennen sich nicht zum technischen Fortschritt, sondern zur Tradition usw.“ (S. 36). Anhand dieser Karikaturzeichnung untersucht der Verfasser das Bekenntnis von 1204 selbständigen Handwerkern verschiedener Berufe zum Wert der freien Preisbildung, zum Wettbewerb, ihre Haltung zum Gewinn, zur Leistungsfähigkeit sowie ihr Bekenntnis zum technischen Fortschritt. Die Aussagen der Befragten werden nahezu 200 exakt durchgeführten Berechnungen unterzogen.

Was zunächst die sachlichen Ergebnisse betrifft, so sind sie aufschlußreich genug. Für freie Preisbildung haben sich 63 % für gelenkte Preisbildung 35 % der Befragten entschieden (2 % ohne Angabe). Den freien Wettbewerb haben 33 % als sehr sympathisch, 47 % als sympathisch und 18 % als nicht sympathisch empfunden. Die verschärfte Wettbewerbsfrage nach der Haltung zu einem „starken Konkurrenzkampf“ brachte das Ergebnis: 10 % sehr sympathisch, 44 % sympathisch und 44 % nicht sympathisch. Die Haltung zum Gewinn ergab, daß 28 % einen möglichst hohen Gewinn als sehr wichtig, 58 % als

wichtig und 12 % als weniger wichtig ansehen; 1 % der Befragten hielt ihn sogar für unwichtig. Ihre Einschätzung der Leistungsfähigkeit (des Betriebes) bekunden 67 % als sehr wichtig, 29 % als wichtig, 3 % als weniger wichtig und 1 % als unwichtig. Schließlich stellten sich zum technischen Fortschritt 63 % der Befragten sehr positiv, 32 % positiv und 3 % nicht positiv. Selbstverständlich hängen solche Urteile stark von der Situation der Befragten ab, was vom Verfasser sorgfältig berücksichtigt wird. Betriebsgröße und Berufszweig, Lebensalter und Schulbildung und manche andere Umstände schlagen sich in den Aussagen nieder. Hierbei stellen sich deutliche Zusammenhänge zwischen der Modernität der Auffassungen und der wirtschaftlichen Situation, der Schulbildung und anderen Indikatoren heraus.

Der Leser kann mit den Ergebnissen der Befragung wohl zufrieden sein, bestätigen sie ihm doch in überzeugender Weise, daß der Prozeß des Hineinwachsens der westdeutschen Handwerkerschaft in ihre industriell geprägte Umwelt weit fortgeschritten ist und daß die in dieser Richtung wirkenden Vorkehrungen und Maßnahmen erfolgreich angesetzt sind. Nicht so der Verfasser. Indem er konsequent eine entgegengesetzte Blickrichtung einnimmt, kommt er zu Ergebnissen, die seine Theorie zu bestätigen scheinen. Als Beispiel hierfür: „Nur für 28 % der Befragten ist der Gewinn sehr wichtig. Also nur von 28 % der Handwerker kann man sagen, daß sie *homines oeconomici* sind“ (S. 104). So kann man es natürlich auch machen, aber man muß sich dann eben sagen lassen, daß man es falsch macht; denn den *homo oeconomicus*, einen Unwirklichkeitsbegriff, zum realen Maßstab der Wirtschaftsmentalität zu hypostasieren, heißt die Realitäten des Wirtschaftslebens utopisch vergewaltigen. Ähnlich ist mit der Einstellung der Befragten zum scharfen Konkurrenzkampf verfahren: Welche andere Wirtschaftsgruppe — ihre Unselbständigen eingeschlossen — wollte sich stark machen, den Prozentsatz der Handwerker mit 54 % „Konkurrenten aus Überzeugung“ zu überbieten? Etwa jene Konzerne, die die industriellen Verhaltensmuster in Reinheit verkörpern?

Der Autor, auf wissenschaftliche Abwege geraten, büßt ungewollt für die beklagenswerte Diskrepanz seines theoretischen Leitfadens mit der ökonomischen Wirklichkeit — abgesehen davon, daß er die Materie Handwerk nicht beherrscht. Er wird sich an einer Stelle seines Buches (S. 5) jener Diskrepanz auch bewußt, dort nämlich, wo von der in Deutschland noch unentwickelten Wirtschaftssoziologie gesprochen ist. Hier liegt die Wurzel des Verhängnisses, weshalb in diesem Falle mitnichten von einer Art Pionierleistung gesprochen werden kann, wenn eben nicht im negativen Sinne. Was der Handwerksforschung (hier und anderswo) fehlt, ist gerade der wirtschaftssoziologische Zweig, auf dessen Entstehen und Blühen wir warten. Er müßte freilich einen originären theoretischen Ansatz haben, den man uns bisher schuldig geblieben ist.

Positive Einsichten, wie die höchst lehrreichen Einblicke in die Zusammenhänge von Einkommen und Schulbildung, Schulbildung und

Rationalverhalten und so fort bleiben, vom Gesamturteil unabhängig, bestehen. Aber auch da würde es eines Soziologen nicht unwürdig sein, den Gründen und Ursachen nachzugehen; denn von selbst stellen sich Fakten solcher Art nicht ein. Sie sind Ausdruck eines großangelegten Umbildungsprozesses, den die Handwerkerschaft seit Jahrzehnten durchläuft. Damit stößt der Leser auf frappante innere Widersprüche des Buches, die noch kurz gestreift sein mögen.

Unbegreiflich, daß der Autor auf S. 90 ff. die überraschende Wettbewerbswilligkeit seiner Klienten feststellt und auf Seite 36 trotzdem behauptet, sie würden sich nicht zum Wettbewerb bekennen, sondern zur Zusammenarbeit. Gleiches gilt bezüglich des Gewinnstrebens und des Verhältnisses zum technischen Fortschritt. (Im übrigen ist es verfehlt, Tradition und Fortschritt als unversöhnliche Antipoden hinzustellen; die Technikgeschichte belehrt hierüber ganz anders.) Von größerem Gewicht, weil die Gesamtkonzeption infrage stellend, dürfte der immanente Widerspruch sein, der sich zwischen dem eingangs aufgerichteten Stützpfeiler der Untersuchung und dem Resümee in den Schlußbetrachtungen (S. 195 f.) auftut. Als Stützpfeiler ist die apodiktisch vorgetragene These (S. 22) anzusehen: „Diese vorindustrielle Handwerkskultur steht in einem *unvermittelbaren* (vom Rezensenten hervorgehoben) Gegensatz zur dominanten industriellen Kultur“. Das hat zwar K. Marx angenommen, aber es stimmt nicht. Die tatsächliche Entwicklung ist andere Wege gegangen, und zwar dergestalt, daß zunächst die Industriekultur aus der Handwerkskultur schrittweise hervorgegangen ist, worauf nunmehr die dominante Industriekultur sich die ältere Handwerkskultur schrittweise assimiliert. Das mag in den USA nicht so deutlich erkennbar sein, umso deutlicher in der Alten Welt. Vermittelt hat das Handwerk früher sehr viel an die Industrie, heute verhält es sich umgekehrt, womit die Unvermittelbarkeit ad absurdum geführt ist.

In der Tat geht das Handwerk seit der Jahrhundertwende den gleichen Weg wie alle nicht-industriellen Wirtschafts- und Kulturbereiche: Es formt sich gemäß den industriell gesetzten Entscheidungen laufend um und trägt damit seinerseits zur Funktionsfähigkeit des industriellen Systems bei. Dem trägt Schöber zum Schluß seiner Darlegungen dadurch Rechnung, daß er geeignete Mittel einer sozialen Therapie empfiehlt, die das weitere Hineinwachsen des Handwerks fördern können. — Womit er schließlich sein theoretisches Gehäuse verläßt, es für unzulänglich erklärt und sich den Realitäten des Lebens öffnet.

Wilhelm Wernet, Münster/W.

Anton Felix Napp-Zinn: Verkehrswissenschaft. Herausgeg. von Helmut Diederich, Walter Hamm, Emil Welter. Heidelberg 1968. Quelle und Meyer. 225 S.

Es handelt sich um ein posthumes Werk Napp-Zinns. Die Herausgeber haben mit wissenschaftlichem Geschick aus den zahlreichen Veröffentlichungen Napp-Zinns eine Anzahl ausgewählt und systematisch

geordnet. Daraus ist eine im großen und ganzen harmonische Publikation entstanden. Auf diese Weise haben die Herausgeber den Dank der deutschen Wissenschaft einem Gelehrten abgestattet, der sich fast ein Menschenalter lang der Verkehrswissenschaft gewidmet hat und der seine Lebensarbeit dieser Wissenschaft darbrachte, als sie noch nicht so stark im Mittelpunkt des Interesses stand wie heute.

In der übersichtlichen Gliederung, welche die Herausgeber den hier gesammelten Aufsätzen des Verstorbenen gegeben haben, erscheinen mir der erste Abschnitt, der sich mit der Gliederung und dem Gegenstand der Verkehrswissenschaft auseinandersetzt, und dann der achte Teil über Wirtschaftssysteme und Verkehr sowie endlich der Schlußabschnitt über die Alternativen der deutschen Verkehrspolitik besonders beachtenswert.

Es war durchaus notwendig, daß Napp-Zinn den Begriff der Verkehrswissenschaft geklärt, Inhalt und Methode dieser Wissenschaft festgestellt hat. Man findet weder in der vierten Auflage des Handwörterbuches der Staatswissenschaften noch im neuen Handwörterbuch der Sozialwissenschaften das Stichwort Verkehrswissenschaft. Dabei gab es bereits im Jahre 1922 eine Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, und seit dem Sommer 1925 bestand an der Universität Köln ein Institut für Verkehrswissenschaft, das Napp-Zinn von 1925—1939 geleitet hat. Man hat offenbar damals, als diese großen Nachschlagewerke entstanden, im Gegensatz zu Napp-Zinn noch nicht voll die Bedeutung der Verkehrswissenschaft für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung überall erfaßt.

Für Napp-Zinn ist die Verkehrswissenschaft „ein den Verkehr zum Gegenstand nehmender Zweig der wirtschaftlichen Staatswissenschaften“. Sie ist „die planmäßige Kenntnis der Verkehrswirtschaft, d. i. der geographischen und technischen Gegebenheiten der Verkehrsmittel, des volks- und betriebswirtschaftlichen Aufbaus, Vollzugs und Effekts der räumlichen Übertragung von Personen, Gütern und Nachrichten einschließlich der Verkehrspolitik“. Man wird dem Streben Napp-Zinns wohl erst dann ganz gerecht, wenn man heute nicht nur die „planmäßige Kenntnis“, sondern auch die Erforschung der Verkehrswirtschaft als Aufgabe der Verkehrswissenschaft hinzufügt.

Jede Volkswirtschaft ist aber nach *Sombart* „eine als geistige Einheit gedachte Wirtschaftsweise“. Diesen Gedanken sucht Napp-Zinn für die Verkehrswissenschaft nutzbar zu machen. Er will die Lehre von den Wirtschaftssystemen auf die Verkehrswirtschaft anwenden und damit eine Brücke schlagen „zwischen einem Gebiet der Allgemeinen Volkswirtschaftstheorie- und Politik einerseits und der Verkehrslehre und -politik andererseits“. Das ist sicher ein fruchtbarer Gedanke, der sich z. B. in den Arbeiten J. F. *Tismers* über „das technisch ökonomische Erscheinungsbild des Verkehrswesens im Ostblock“ und über die „Transportentwicklung im Industrialisierungsprozeß der Sowjetunion“ gut bewährt hat. Dort macht es *Tismer* klar, daß man die

Verkehrspolitik der Sowjetunion nur recht verstehen kann, wenn man sie im Erscheinungsbild des sowjetischen Wirtschaftssystems betrachtet.

Napp-Zinn unterwirft die Autoren der Wirtschaftssysteme von *Sombart* über *Spiethoff*, *Ritschl* und *Eucken* einer wohlhabgewogenen, eingehenden Kritik und stellt schließlich ein eigenes Modell eines Wirtschaftssystems auf. Es beruht auf den Institutionen, die, von einem Datenkranz umschlossen, von einer bestimmten Geisteshaltung erfüllt werden. Das heute in der Bundesrepublik vorhandene Wirtschaftssystem nennt Napp-Zinn „pluralgesteuert“. Darin herrscht auf dem Gebiet des Verkehrs teils Wettbewerb unter privaten Unternehmen, teils eine zentrale Leitung durch die öffentliche Hand, die einen weitgehenden Einfluß auf die Preisbildung der Dienstleistungen im Verkehr und auf die Zulassung der privaten Betriebe nimmt. Die Eingriffe der öffentlichen Hand ergeben sich aus der Eigenschaft des Verkehrs als Mittel der politischen Gestaltung und weil der Verkehr, wie Napp-Zinn meint, seiner ökonomischen Eigenart nach nicht den Regeln des freien Wettbewerbs unterworfen werden kann.

Für die Verkehrspolitik ist das System der plural gesteuerten Wirtschaft insofern von Bedeutung, als das Prinzip der zentralen Verwaltungswirtschaft für die Ordnung der Verkehrswirtschaft in der Bundesrepublik nicht geeignet ist; aber auch der freie Wettbewerb ist, wie gesagt, für Napp-Zinn keine Alternative für die deutsche Verkehrspolitik. Er sieht vielmehr für die Regulierung des Verkehrs zwei Mittel: 1. die Einflußnahme auf die Verkehrspreise; 2. die Einflußnahme auf den Transportraum. Die Preise können beeinflußt werden durch die staatliche Genehmigung von Margenpreisen, die einerseits die von den Verkehrsunternehmen aufgewandten Kosten decken und auf der anderen Seite die Schwankungen der Nachfrage berücksichtigen. Der Transportraum kann in seiner Größe durch Zulassungsbestimmungen für den Transportraum beschränkt werden, wie das in der Bundesrepublik für den Güterfernverkehr in einer allerdings recht starren Form geschehen ist. Napp-Zinn weist darauf hin, wie man in den Niederlanden zu einer elastischeren Methode gekommen ist.

Die Ausführungen Napp-Zinns geben sicher Anregungen zu weiteren Untersuchungen und zur kritischen Nachprüfung seiner Thesen. Die Kritik wird dabei nicht übersehen können, daß bei seinen Darlegungen doch die Eisenbahn stark im Vordergrund steht. Man erfährt wenig von seinen Gedanken über den Kraft- und Luftverkehr, über die Pipelines und den Nachrichtenverkehr. Das aber, was Napp-Zinn sagt, ist sicher eine gute Einführung in gewisse Probleme der Verkehrspolitik, und er bietet dem Leser klare, gut durchdachte und logisch aufgebaute Ansichten.

Peter *Titzhof* hat das dem Buch beigegebene Verzeichnis der Publikationen Napp-Zinns mit Sachkunde und Fleiß zusammengestellt.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Rolf Stuchtey: Die Beurteilung des Aufbaus nationaler Handelsflotten in unterentwickelten Ländern. Hamburg 1968. Hoffmann und Campe. 141 S.

Neben den technischen Veränderungen des Seetransports ist das Aufkommen neuer Schiffahrtsländer beherrschendes Entwicklungsmerkmal der Seewirtschaft geworden, das ihre ökonomischen Bedingungen weitgehend beeinflußt. Mit den Argumenten, die zur Stützung des in vielen Entwicklungsländern sich vollziehenden Aufbaus eigener Handelsflotten verwendet werden, setzt sich die im Deutschen Übersee-Institut, Hamburg, erschienene Schrift auseinander. Diese Kritik wirft kein gutes Licht auf die Flottenexpansion und die protektionistischen, ladungslenkenden Maßnahmen, von denen sie oft begleitet ist.

Die Untersuchung bezieht sich auf die Jahre 1955—1966 und beschränkt sich auf die besonders betroffene Linienfahrt; die östlichen Staatsreedereien bleiben außerhalb. Sie gründet sich auf eine Gruppenbildung aus etwa gleichartig strukturierten (ökonomisch wie geographisch) unterentwickelten Ländern. Einer ausführlichen Darstellung der quantitativen Verhältnisse der Flottenentwicklung in den einzelnen Ländern innerhalb der Gruppen folgt eine Analyse von Motiven für protektionistische Schiffahrtspolitik, unter denen Zahlungsbilanzverbesserung, Schaffung von Gegengewichten gegen die Konferenzen, das „trade follows the flag“-Argument, Autarkieaspekte und die Verbesserung des Verkehrs mit Nachbarländern z. B. in Westafrika betrachtet werden. Diese auch von der UNCTAD ins Feld geführten Ziele werden vom Verfasser größtenteils als ökonomisch nicht haltbar zurückgewiesen, weil sie meistens von falschen Voraussetzungen ausgingen, wie etwa einer unzutreffenden Beurteilung der Konferenzen oder der Kostensituation als Basis der Ratenbildung.

Auch in einem ausgedehnten Vergleich der Betriebskosten traditioneller und neuer Handelsflotten kommt er im wesentlichen zu negativen Schlüssen. Kaum anders sieht er die Möglichkeiten zur Beeinflussung der Zahlungsbilanzen, trotzdem diese durch Seetransportkosten der Ein- und Ausfuhr erheblich belastet sind. Obwohl die Beweisführung nicht in allen Fällen ganz einleuchtend und widerspruchsfrei ist (z. B. hinsichtlich der Kapitalkosten), dürfte das skeptische Urteil doch auch in bezug auf die Erfüllung anderer Ziele der Entwicklungspolitik wie Förderung des Wachstums, der Beschäftigung usw. zutreffen.

Der Verfasser glaubt daher, daß in den meisten Fällen die erheblichen Investitionsmittel nicht sinnvoll eingesetzt wurden, da sie nicht wie bei den traditionellen Schiffahrtsländern der Industrialisierung folgend, sondern ihr vorseilend verwendet wurden. Ein Ausbau anderer Wirtschaftssektoren hätte nach seiner Ansicht einen größeren Effekt für die Inlandsentwicklung gehabt.

Das Buch enthält kritische, aber nicht unbegründete Urteile, die dennoch auch sein „Haken“ sind. Man könnte ihm eine gewisse Realitätsferne nachsagen, weil es den Blick zu sehr auf ökonomische Maß-

stäbe aus der — liberalen! — Außenhandelstheorie lenkt, obwohl andererseits sein Verfasser darauf hinweist, daß eine Abkehr vom eingeschlagenen Kurs nicht zu erwarten sei. Eine in einigen Ländern mit schon größeren Flotten derzeit eher konservierende Politik schließt aber, wie Südamerika in letzter Zeit wiederholt zeigte, Flaggendiskriminierung und administrative Ladunglenkung keineswegs aus. Man wird also nicht umhinkönnen, autonome Zielvorstellungen der Entwicklungsländer als gewichtigere und dauerhafte Bestimmungsfaktoren ihrer Seeschiffahrtspolitik zu betrachten.

Dennoch ist es zweifellos wichtig, nicht gegenüber den mit ihnen verbundenen Unwirtschaftlichkeiten zu resignieren, sondern sie immer wieder kritisch zu durchleuchten. Daß der Seeverkehr hierfür eine Fülle von Anlässen bietet, wird niemand bezweifeln können. — Bedauerlich ist die große Zahl von Setzfehlern, die teilweise sinnentstellend sind. So wird von „Optimismus“ statt „Optimum“, „landlooked“ statt „landlocked countries“ usw. gesprochen; dagegen ist die Verwechslung von „amadores“ und „armadores“ (S. 58) eher erheiternd.

Hans Böhme, Kiel

Dietmar Krafft: Der Einfluß eines Hafens auf die Wirtschaftsstruktur und die Wirtschaftskraft seiner Hafenstadt. Göttingen 1966. Vandenhoeck & Ruprecht. 266 S.

Die vorliegende Untersuchung setzt sich aus zwei Beiträgen zusammen: einmal aus einer theoretischen Analyse zur Methodik der Quantifizierung des Einflusses eines Hafens auf die Wirtschaftskraft der Hafenstadt und ferner aus einer beispielhaft durchgeführten Studie mit dem Titel: „Der Beitrag eines Hafens zur Wertschöpfung seiner Hafenstadt — dargestellt am Beispiel der Häfen Hamm und Neuß“, die von Horst *Erbguth* erstellt wurde.

Krafft widmet sich in seiner methodischen Analyse ebenfalls zwei Problemkreisen. Einmal geht es darum, Möglichkeiten zu skizzieren, um den Einfluß eines Hafens auf die Wirtschaftsstruktur der Hafenstadt zu verdeutlichen. Diese Bemühungen füllen den überwiegenden Teil der methodischen Untersuchung aus. Krafft geht zunächst von der Seehafenstandorttheorie von E. *Kautz* aus, in der die Bestimmungsgründe für die Orientierung der Standorte und für die Agglomeration der Güterströme in den einzelnen Häfen systematisiert werden (Entfernungs- und Lageeffekt). Nach dieser Beschreibung der wechselseitigen Beeinflussung von Wasserstraße, Hinterland und Hafen, die zwar für sich gesehen recht interessant ist, im Rahmen der Gesamtuntersuchung jedoch etwas zusammenhanglos placiert wurde, erfolgt der Versuch, den zeitpunktbezogenen Bedeutungsstatus eines Hafens für die Stadt anhand der Standortentscheidung der ansässigen Unternehmensgruppen herauszuarbeiten. Krafft gelangt zu dem Ergebnis, daß — insbesondere bezogen auf einen Binnenhafen — als potentiell hafenorientiert die transportkostenorientierten Unternehmen des Bergbaus und der be- und verarbeitenden Industrie sowie die funktional gebundenen

Handels- und Dienstleistungsgewerbe zu gelten haben (abgesehen von den spezifischen Hafenbetrieben, bei denen kein echtes Zuordnungsproblem existiert). In einem weiteren Schritt werden die potentiell hafensorientierten Wirtschaftseinheiten gegenüber den hafenneutralen mit Hilfe der Abgrenzung von Einzugsbereichen (Transportkosten) zwischen den Häfen und den (konkurrierenden) Verkehrswegen zu erfassen versucht. Krafft verdeutlicht noch einmal, „daß die sogenannten Einzugsbereiche der Häfen ständig variieren und sich außerdem überlappen“ (S. 68). Dieser Tatbestand wird von zahlreichen Interessenvertretern der Binnenschifffahrt und der Seehäfen, vor allem in der Bundesrepublik, immer noch nicht anerkannt.

Da mit Hilfe dieser Methoden eine befriedigende Gruppierung der Wirtschaftseinheiten zu einem Hafen (als Standortfaktor) noch nicht möglich ist, ergänzt Krafft seine Ausführungen durch einen „pragmatischen Lösungsweg“, der auf dem Besatz von Hafen- und Nichthafenstädten mit bestimmten Industrien basiert. 90 kreisfreie Städte über 50 000 Einwohner (Seehafen-, Binnenhafen- und Nichthafenstädte) werden nach 22 Industriegruppen unterteilt (Beschäftigte und Umsätze).

Der zweite Problemkreis, den Krafft analysiert, ist die Ausstrahlung dieser spezifischen hafenspezifischen Standortfaktoren und Besatzziffern auf die Wirtschaftskraft der Hafenstadt (Wertschöpfungsrechnung). Mit Hilfe des Basic-Nonbasic-Konzeptes und vor allem der Isenberg-Methode werden Verfahren der Berechnung nach einer räumlich funktionalen Aufgliederung der Wirtschaftseinheiten vorgenommen.

Die Untersuchungen von Krafft zeugen von einer sorgfältigen Materialsichtung. Sie verbleiben jedoch in einem letztlich nicht befriedigenden Stadium der wissenschaftlichen Diskussion, zumal auch eine abschließende Beurteilung der verschiedenen vorgestellten Lösungswege zur Quantifizierung des Einflusses eines Hafens auf Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft der Hafenstadt fehlt.

Schon aus diesem Grunde ist der Anwendungsversuch von *Erbguth* bei einem Industrie- und einem Umschlagshafen zu begrüßen. Mit Hilfe des Basic-Nonbasic-Konzeptes werden die fundamentalen und derivativen Einnahmen aus den hafensabhängigen Wirtschaftsbereichen ausgewiesen. Sehr deutlich werden dabei nochmals die recht erheblichen Unterschiede zwischen den von Krafft vorgeführten theoretischen Konzeptionen und den tatsächlich zu benutzenden Quantifizierungsverfahren. Insofern hinterläßt der erste Teil der Veröffentlichung auch nach der ausdrücklich als Anwendung der Modelllösungen bezeichneten Ergänzung ein nicht völlig befriedigendes Ergebnis, obwohl gerade die Studie von *Erbguth* partiell ein transparentes Bild über die Bedeutung eines Binnenhafens für die Hafenstadt vermittelt.

Es fällt auf, daß *Erbguth* als Mitautor der vorliegenden Untersuchung nicht genannt, sondern in den Anhang verwiesen wird.

Gerd Aberle, Köln